

Berliner Tageblatt

Nr. 338

Verleger: Theodor Wolff in Berlin.

und Handels-Zeitung

Dienstag, 20. Juli 1926

Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Das Linkskabinett Herriot.

Kühle Aufnahme in Paris.

Finanzminister de Monzie. — Geht die Kammer in die Ferien? — Kundgebungen gegen Ausländer.

(Telegramme unseres Korrespondenten.)

2. Paris, 20. Juli.

Die neue Regierung Herriot ist gebildet und wird sich am Montag der Kammer vorstellen. Die Aufnahme in der Öffentlichkeit ist kühl, in den Blättern der nationalen Richtung freundlich, doch ist es möglich, daß Herriot am Donnerstag ein Verweigerungsurteil erhält, vorausgesetzt, daß die Radikalen und Sozialisten bei der Abstimmung zusammenhalten. Der Kampf der Parteien ist sehr lebhaft, wenn es zutreffen sollte, daß auch der Finanzminister de Monzie Vollmachten verlangen wird, die der Kammer nach den Bestimmungen der Regierung Caillaux verschrieben sind. Es wäre ein sonderbares Schauspiel, die gleichen Forderungen verbindlich zu setzen, die er unabhängig unter dem Druck seines republikanischen Gewissens hat.

Die neuen Minister ist noch einiges zu sagen. Das Kabinett ist nach links gerichtet. 14 sozialistisch-radikale republikanische Sozialisten gehören ihm an. Am weitesten rechts der Kolonialminister Darcie, der Justizminister Maurice, der zugleich für Elsass-Lothringen zuständig ist, und der neue Staatssekretär für Luftschiffahrt Robaglia. Colrat war früherer Minister Poincarés. Er ist ein gelehrter Mann, der die „Rechts-Opinion“ geschmackvoll leitet. Darcie gehörte dem linken Mittel an; er war nur ein Tag lang Minister und Reichspost. Es wird im Palais Bourbon als ein Beweis seines Vertrauens betrachtet, daß Herriot das Geschäft mit Darcie herüber zu den Finanzministern der Monzie, der sich bei der Regierung sehr hervorgetan hat. Der Senator Monzie ist in Berlin bekannt. Er war der erste Minister, der offiziell nach Berlin kam, und hat ehrlich den Eindruck einer Annäherung an Deutschland zu fördern. Er zweifelt daran, daß er auch Energie und Ideen hat. Seine Aussagen lauten: „Zu viel Energie und zu viel Ideen.“ Es ist sehr überflüssig, diesem Manne mit Ministern zu begegnen, der sich auf Erfahrung und Persönlichkeit mit Caillaux vergleichen läßt. De Monzie hat gestern nach einigen Journalisteninterviews über sein Programm gesprochen. Die Regierung hat keine Forderungen, verlangt, aber der neue Finanzminister hat seinen Plan fertig, zu dessen Anwendung er eine Handlungsfreiheit vom Parlament fordern wird. So der Minister. Der Ministerpräsident Herriot selbst hat in der ersten Erklärung fertigstellen wollen, aber sein Freund und Genosse, der Innenminister Chaumet, verlor im Auftrag der Regierung folgendes kurze Programm: „Die Regierung hat die Aufgabe, die sich eben gebildet hat, stellt sich zur ersten Aufgabe, den Franc zu verteidigen, und zwar unabhängig von jedem Parteigehör. Die Regierung verpflichtet dem Lande, was sie verlangt, nur die Unterstützung des Landes, Ruhe und Einheit, zwei Elemente, die zur wirtschaftlichen Aufblühhung des Landes ebenso unerlässlich sind, wie die Arbeit.“

Die Regierung hat bereits in der Nacht einen kurzen Kabinettsrat, heute nachmittag eine längere Beratung folgen wird, bei der eine Regierungserklärung abgegeben werden soll. Der erste Rat ist für Mittwoch angelegt. Die Regierung rechnet auf eine Mehrheit. Falls das Verweigerungsurteil erlangt ist, will Herriot, wie erzählt wird, die Kammer in die Ferien schicken. Am „Echo de Paris“ wird über das finanzielle Programm gesagt: Herriot denke an keine Auslandsanleihe, sondern an eine außerordentliche Vermögenssteuer.“ Dies ist die Formel des radikalen Kongresses von Nizza, der sozialistischen Theorien weit entgegenkommt. In der Kammer sind die Erwartungen nicht optimistisch, aber auch nicht feindselig. Am Senat besteht die neue Regierung vorläufig keine Illusionen; es ist zu beachten, daß nur drei Senatoren (de Monzie, Robaglia und Pasquet) zum Kabinett gehören. Alle Anhänger einer radikalen nationalen Einigung in beiden Häusern — in der der hauptsächlichste Franzose Bouillon und Louis Marin — schon am nächsten Tage den Angriff beginnen. Falls dieser abgelehnt wird, wird, wie vorher erwähnt, die Kammer die Ferien schicken, dann kann die Regierung einige Vorteile für die Arbeit gewinnen. Es fehlt aber an Parlamentarier, die diese Möglichkeit begreifen.

Der Vorbereitungszeit der neuen Regierung ist noch eine Last zu erwählen, für die der „Petit Parisien“ sich verbirgt. Er sagt, es ist zwar nicht unmittelbar zur Teilnahme an der Regierung aufgefordert worden, aber Herriot hat tatsächlich daran gehandelt, das Kabinett zu gewinnen und Poincaré durch Freunde ersetzen lassen. Der frühere Präsident hat abgelehnt. Einige Notizen der neuen Minister werden täglich sein. Der Arbeitsminister ist ein namhafter Verwaltungsbeamter, der sich während des Kriegs als Unterstaatssekretär für Post und Telegraphie ausgezeichnet hat. Pasquet ist seit 1920 Senator. Der Unterstaatssekretär im Reich der Kaufmann, Albert Milhaud, ist Professor und Journalist. Milhaud war bereits im Staatsdienst, zuletzt als Ministerialrat am Etat d'Oran unter Millerand (1920 bis 1921). Adrien (Kolonialminister) gilt als Spezialist für Finanzfragen und Verwaltung. Er war Vorkämpfer der Finanzmission und 1914 unter einem Tag lang Minister. Maitre, Bazille, Malraux, Lambert, der Republikaner ohne besonderen Ruf. Lambert, der Adolphe in der Kammer wiederholt als Redner Aufmerksamkeit erregt, nachfolger Laurent Gynac als Unterstaatssekretär der Luftschiff-

fahrt, Robaglia, ist ein ehemaliger Marineoffizier; er ist nicht Radikaler, sondern er gehört zur Mittelgruppe der republikanisch-demokratischen Union.

Aus der großen Anzahl der bisher vorliegenden Presseäußerungen seien einige erwähnt, welche die Auffassung der verschiedenen Parteien wiedergeben. Die Blätter der Opposition: „Figaro“: Herriot ist der Mann, der Frankreich am meisten geschadet hat. „Echo de Paris“: Herriot war der letzte, dem man unter den jetzigen Verhältnissen die Verwaltung des Staates hätte übertragen dürfen. „Gaulois“: Die neue Regierung ist eine Herausforderung. Die Vorsichtigen: „La Journée Industrielle“: Da Herriot am Sonnabend so stark eingegriffen hat, muß man annehmen, daß er weiß, was er mit seinem Sieg anfangen will. Warten wir ab. Die „Volontés“: Eine Regierung zu bilden ist leicht, eine Regierung zu führen ist schwer. Herriot muß beweisen, daß er ein kluges und einfaches Programm hat. „Homme Libre“: An die Arbeit, ihr Herren Minister! Wir werden gern applaudieren, wenn wir können. Die „Humanité“: Das Kabinett hat eine letzte Gelegenheit zu zeigen, was es wert ist. Endlich die Freunde. Unter den Zeitungen dieser Kategorie zählt nur der „Quotidien“, der Herriot einen Kat mit auf den Weg gibt: Edouard Herriot hat eine zu klare Intelligenz, als daß er nicht wissen sollte, was Frankreich von ihm erwartet. Herriot hat aber auch ein tiefes Bewußtsein der Pflicht, die ihm übertragen worden ist, und er wird mit voller Hingabe diese ungeheure Aufgabe erfüllen.

Caillaux hat den Präsidenten der Republik aufgesucht, um ihn zu bitten, dafür zu sorgen, daß die Schwierigkeiten der Staatskasse nicht durch die Krise vermehrt werden. Caillaux hatte die Möglichkeit, in den Tagen bis zur Bildung des neuen Ministeriums durch Verfügungen einzugreifen (wie es in einer ähnlichen Situation de Monzie 1925 getan hat); aber er glaubte, bei dem Mißtrauen, das ihm die Kammer gezeigt hat, für ungewöhnliche Maßnahmen die Verantwortung nicht übernehmen zu können, deshalb hat er die Intervention des Präsidenten angeregt. Verschiedene Maßnahmen sind in Vorbereitung oder bereits ausgeführt. Auf Veranlassung der früheren Regierung werden die Vorkaufe vorläufig nicht mehr durch Funkmeldungen verbreitet werden. Es soll wiederholt beobachtet worden sein, daß diese Art der schnellen Übermittlung die Spekulation begünstigt. In mehreren Zeitungen wird versucht, in offenkundiger Weise die Wirkung der Krise auf Deutschland zu kühlern. Der Korrespondent eines Pariser Blattes in Berlin erzählt, daß man sich in Deutschland frage, ob die Bildung einer Regierung mit sozialistischer Tendenz nicht ein schlechter Schritt sei. Die Ernennung de Monzie zum Finanzminister stelle sich, daß der Sturz des Francs am Krisentage den schlimmsten Zeiten der Marktkatastrophe entspreche („Echo de Paris“). Gegen solche Lieberbreitungen muß Widerpruch erhoben werden: sie erhöhen die Verunsicherung in einer Weise, die den vielen in Paris anwesenden Fremden unbehagen machen kann. Gestern kam es auf dem Montmartre und im Künstlerviertel Montparnasse zu Demonstrationen gegen Ausländer. Ein Wagen mit Amerikanern wurde angegriffen und bedroht. Eine Gesellschaft von Malern, die vor dem Café de la Rotonde saßen, wurde von Betrunknen beschimpft. Diese Vorkommnisse waren ohne ernsthafte Bedeutung; aber die Zeitungshetze kann auch einmal schlimmere Folgen haben.

2. Paris, 20. Juli, 12 Uhr mittags.

Nach den Interviews der Mittagsblätter wird heute damit gerechnet, daß die Regierung am Donnerstag eine geringe Mehrheit erhalten kann. „Paris-Midi“ glaubt, daß der neue Finanzminister de Monzie an eine „Funding operation“ denkt, d. h. an eine Einlösung der nationalen Verteidigungsbonds durch neue Bonds und nicht durch Vereinfachung. Die Stimmung ist in den Vormittagsstunden etwas ruhiger geworden.

* * *

Eine Mark gleich 11,32 Francs.

Die Abwärtsbewegung des französischen Franc machte heute an den internationalen Devisenplätzen weitere Fortschritte, da die Ausländer für eine Beilegung der Kabinettskrise nach Berichten aus Paris nicht allzu günstig lauten. Die internationale Bankwelt sieht daher die augenblickliche Lage Frankreichs sehr pessimistisch an. Der Kurs des französischen Franc gegen Pfund war heute anfangs 235 Francs für ein englisches Pfund, gab dann unter heftigen Schwankungen auf 237 bis 238 nach, gegen gestern 226. Bemerkenswert ist, daß der belgische Franc durch die Abwärtsbewegung der französischen Devisen nicht in Mitleidenschaft gezogen ist, zuletzt nicht deswegen, weil man in Belgien energische Anstrengungen gemacht hat, um die Währung des Landes zu stabilisieren.

2. Paris, 20. Juli.

Die Devisenkurven bewegten sich während des heutigen Vormittags mit einigen Schwankungen auf der Grundlage einer **Pfundnotierung zwischen 230 bis 233 Francs**. Um 9 Uhr begann das Pfund mit 230, der Dollar mit 47,28 Francs. Um 9 Uhr 35 Minuten stand das Pfund auf 232,50, der Dollar auf 47,25 Francs. Bis 10 Uhr 30 Minuten waren die Kurse auf 233 Francs für das Pfund und 47,90 Francs für den Dollar gestiegen, um dann bis 11 Uhr 50 Minuten eine Abschwächung auf 231,50 für das Pfund und 47,60 Francs für den Dollar zu erfahren. **Die Reichsmark notierte um 11 Uhr 50 Minuten mit 11,32 Francs**. Nach vorübergehender geringer Besserung ging der französische Franc in London auf 240 gegen 232 an der Mittagsbörsen zurück.

Herriots Experiment.

Von

Josef Schwab.

In Frankreich kommt immer alles ganz anders. Es wäre darum vielleicht etwas voreilig, dem Kabinett Herriot und seinem Experiment, dem finanzpolitischen Problem nicht auf finanztechnischen, sondern auf parlamentarischen Wegen beizukommen, von vornherein das Todesurteil auszusprechen. Man kann nur sagen, daß der Versuch kühl, die ihm zu Grunde liegende Theorie zweifelhaft und gewagt ist, die ihm zu Grunde liegende Theorie zweifelhaft und gewagt ist, die ihm zu Grunde liegende Theorie zweifelhaft und gewagt ist. Die fühle Aufnahme, die das neue Kabinett im ganzen in Paris gefunden hat, scheint das zu bestätigen. Das Grundfalsche, von dem Herriot bei seinem überraschenden Vorstoß vom Wochenende ausging, war doch dieses: daß er der Aktion der Regierung die Aktion des Parlaments entgegensetzte, daß er die demokratischen Einrichtungen, die ihm durch das Vollmachtenbegehren Caillaux und Briand bedroht schienen, sichern und durch einen Appell an das Selbstbewußtsein der Volksvertreter sie zur Handlungsfähigkeit und zur Bildung einer geschlossenen und dauernden Mehrheit fortsetzen wollte. Man braucht dieses Vorgehen nicht unbedingt, wie es selbst von Freunden der französischen Unken gesehen ist, als eine „Intrige“ gegen die Personen der Gestirten anzusehen. Man kann sich wohl vorstellen, daß Herriot, stets mehr Parteiführer und Parteimann als Staatsmann, davor bangte, es möchten die Ergründungen des Sieges der Linken unter der Finanzministerkaufmann Caillaux, der der Rechten auf seinem Gebiet soweit entgegengekommen ist, dahinschmelzen. Für die Glückseligkeit dieser Befürchtung und der Gegenartade spricht die Erwägung, daß die Aufgabe, die sich Herriot in diesem Augenblick aus freien Stücken aufgeladen, durchaus nicht verlockend, vielmehr keine Gelegenheit zur Befriedigung persönlichen Ehrgeizes darstellt.

Wie sich die Dinge im Augenblick ansehen, spricht alles dafür, daß auch Herriot die Erfahrung machen wird, wie leicht es ist, in einer verfahren parlamentarischen Situation ein Kabinett zu führen, auch ein neues aus dem stets bereitstehenden Material wieder aufzurichten, aber wie schwer, das neue Gebäude vor dem alsbaldigen Wiedereinfluss zu bewahren. Auf den beiden Gebieten, um die sich der Streit dreht, liegen die Schwierigkeiten aufgetürmt: auf dem der parlamentarischen Mehrheitbildung, auf dem sich Herriot besondere magische Kräfte zuschreiben scheint, und auf dem der Schaffung eines finanzpolitischen Programms, eine Aufgabe, die der ersten übergeordnet ist, worüber sich aber Herriot offenbar nicht im klaren ist. Es hat den Anschein, daß er sich bei der Zusammenstellung des neuen Kabinetts nicht allzu tief auf die Einzelheiten des Finanzprogramms eingelassen hat, dessen Ausarbeitung nun erst die Sorge der Nächte des Herrn de Monzie sein mag, daß er sich vielmehr darauf beschränkt hat, den Sozialisten ein Herumwerfen des Steuers nach der Richtung ihrer Forderungen zu versprechen. Es war besonders auffallend bei der großen Debatte vom Sonnabend, die zum Sturz Caillaux führte, daß in ihr von dem technischen Inhalte des Caillauxschen Planes, von den Sachverständigenvorschlägen, von den Mitteln und Wegen, der Not des Staatsbankrotts und dem Währungsverfall entgegenzuarbeiten mit keinem Worte die Rede war. Alles das war für Herrn Herriot, dem Parteimann, cura posterior. Für Herriot, den Minister, ist es nun aber die erste Sorge des Tages geworden, und sein Schicksal, die Frage, ob er eine Mehrheit finden, ob sie ihm eine Weile treu bleiben wird, hängt von dem Benehmen ab, daß sein Umdehnen des Wegweisers Frankreich aus dem Dichtdick heraus und nicht vielmehr ganz und gar in den Irroald hineinführen wird.

Also das Finanzprogramm ist abzuwarten. Soweit man sich bis jetzt von ihm ein Bild machen kann, wird es darin bestehen, daß Herriot die von seinem Vorgänger geplante Erhöhung der indirekten Steuern ablehnt und sie durch Konzeptionen an die von den Sozialisten geforderte scharfe Besteuerung des Kapitals zu ersetzen sucht. Vorläufig hat er nur von einer energischen Erbschaftsteuer gesprochen. Aber es wird sich erst noch zeigen müssen, ob auf diesem Wege die großen Summen, die zur Währungsstabilisierung erforderlich werden, überhaupt aufzubringen sind. Hier liegt der Punkt, in dem sich Herriot und die Sozialisten im Widerspruch nicht allein zu Caillaux und seinen Sachverständigen, sondern zu den Finanzautoritäten und den Geldgewaltigen der ganzen Welt befinden. Während die größten unter ihnen mit allerlei Plänen zur Befundung ihrer Hilfsbereitschaft (nicht aus reiner Menschlichkeit, sondern aus internationaler Wirtschaftssolidarität heraus natürlich) schon auf französischem Boden weilen oder dort hin unterwegs sind, hat der neue Ministerpräsident die große Parole ausgegeben: Frankreich muß sich selber helfen, es muß seine Währung ohne Unterstützung des Auslandes in Ordnung bringen. Das bedeutet zweierlei: den Verzicht auf die in Aussicht stehende amerikanische Anleihe, die Abkennung der Ratifizierung des Washingtoner Schuldenabkommens. Das heißt, alle Stützen, die von außerhalb dem wankenden Franc geboten werden, mit einer sehr selbstbewußten Geste ablehnen. Hat Herr Herriot nicht daran gedacht, daß, wenn er nicht gleichwertige Stützen aus dem eigenen Volke herauszuheben vermag, dem Franc der Boden unter den Füßen weggezogen ist und er nach den Gesetzen des freien Falles ins Leere stürzen muß?

Es dürfte sehr fraglich sein, ob das neue Kabinett mit der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens herumkommen wird. Ihre Verweigerung würde als eine Weigerung, die Kriegsschulden an Amerika überhaupt abzugeben, aufgefaßt

werden, und die Rückwirkung würde nicht allein jenseits des Meeres, sondern auch bei den Engländern, die sich jetzt als so entgegenkommende Gläubiger gezeigt haben, katastrophal sein. Die Rückwirkung auf den französischen Kredit und die französische Währung kann man sich schwer vorstellen. Das ist der schwächste Punkt in Herrn Herriots Absichten. Freilich ist der Gedanke, das Washingtoner Abkommen abzuweisen, im Lande ungeheuer populär, wie überhaupt die Idee, den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen, noch alle Finanz-erwägungen der französischen Wählererschaft beherrscht. Aber da der Kredit des Landes nicht von der Stimmung seiner eigenen Bürger, sondern von der Stimmung außerhalb abhängt, schwebt der neue Ministerpräsident in der Gefahr, daß er nicht halten kann, was er versprochen hat, und dann steht er viel schlechter da als Caillaux, von dem man wenigstens überzeugt ist, daß er sich nicht traut, dessen Gelangen er nicht vorher berechnet hatte.

Von all dem aber abgesehen, leidet der große parlamentarische Feldzug, von dem sich Herriot aufgemacht hat, daran, daß seine Truppenmacht unfindbar, daß sie noch nicht einmal mobilisiert ist, wenn es zur Entscheidungsschlacht kommen soll. Seit dem Sonnabend hat Herr Herriot in diesem Punkte eigentlich nichts als Enttäuschungen erlebt. Die Sozialisten haben abgesehen und durch die Bedeutung, welche ihre bedingte Unterstützung für den Ministerpräsidenten gewonnen hat, ist er mehr in ihre Hand gegeben, als ihm lieb sein kann, als sich mit der nötigen Rücksichtnahme nach dem anderen Flügel hin vertritt. Seine eigene Partei, und das ist das bitterste für ihn, ist gerade durch die Sonnabendsschlacht in eine sehr bedenkliche Spaltung hineingetrieben worden. Die Rechte, der er das „Rabbinet der nationalen Einigung“ abgeschlagen hat, kündigt scharfe Opposition an. Sichere Träger des Kabinetts sind eigentlich nur der heriottroupe Flügel der Sozialistensocialisten und die vom Kriegsminister Painlevé geführte Gruppe der republikanischen Sozialisten. Es ist möglich, daß es zunächst einmal ein Vertrauensvotum gibt, aber die Mehrheit, auf die Herriot beifalls rechnen kann, würde ganz gewiß nicht sicher und nicht stabiler sein, als die, die das letzte Kabinett vier Wochen lang getragen hat. Dies schon aus einem sehr triftigen Grunde. Herr Herriot hat zwar die Vollmachten für das Kabinett Caillaux-Virand aus verfassungsrechtlichen Gründen befristet, aber niemand vermag einzusehen, wie er selber und sein Finanzminister de Monzie jetzt, da die Parlamentarier vor der Tür stehen ohne irgend eine Art von Vollmachten auskommen kann. Daß jedes Handeln in der Währungsfrage ein schnelles Handeln sein muß, ist ja selbstverständlich. In diesem Punkte also beistellt für Herriot recht die Gefahr des Wortsbruchs und damit die Gefahr eines schnellen parlamentarischen Scheiterns.

Wir können, um die Dinge von den deutlichen Standpunkte anzusehen, nur sagen, daß es uns freuen würde, wenn die Ereignisse die skeptischen Betrachtungen, zu denen die Geburt des neuen Ministeriums Anlaß gibt, widerlegen würden. Alles, was Frankreichs Sanierung und damit die Wiederherstellung gesunder internationaler Wirtschaftsverhältnisse befördern würde, liegt auch im deutschen Interesse. Ebenso ist es selbstverständlich, daß, wenn Herr Virand, die Seele und die Stütze der Locarno-Politik, die Leitung der äußeren Angelegenheiten abgeben mußte, wir es kaum in zuverlässigeren Händen, als in denjenigen des Mannes wünschen können, der dem Boicott des Regimes den Garau gemacht hat. Die Erwägung, daß die französische Rechte die großen Risiken, mit denen Herriots Experiment verbunden ist, schmerzhaft betrachtet, ist für uns keineswegs erfreulich.

Morgen wird, wie wir erfahren, die preussische Staatsregierung an den Vertreter des früheren preussischen Königshauses ein Schreiben abgeben, in dem die preussische Regierung zu der Anregung Stellung nimmt, die Verhandlungen über die Abfindungsfrage neu aufzunehmen. In diesem Schreiben wird die Regierung sich grundsätzlich zu Verhandlungen bereit erklären, sie wird aber den Vertreter der Hohenzollern nicht in Zweifel darüber lassen, daß der „Vergleich“ vom vorigen Jahre nicht als Ver-

handlungsbasis in Frage kommt. Vielmehr könnte die preussische Regierung neue Verhandlungen nur dann als auskömmlich ansehen, wenn die Hohenzollern bereit wären, auf der Grundlage zu verhandeln, die die Gesetzesvorlage der Reichsregierung in ihrer letzten Fassung bietet.

Kirche und Kohlenstreik.

Unveränderte Lage. — Keine Subsidien, keine Anleihe. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 20. Juli.

Der Premierminister empfing im Unterhaus eine Abordnung von Vertretern der englischen und freien Kirchen Englands, die sich erhoben haben, als Vermittler bei der Beilegung der Kohlenstreiks mitzuwirken. Die Abordnung wurde durch den Bischof von Lichfield dem Premierminister vorgestellt, der von dem Arbeitsminister, dem ersten Lord der Admiralität und dem Kriegsminister begleitet war. Der Bischof überreichte Baldwin die von den Führern der Bergarbeiterverbände unterzeichneten Vorschläge. Die Ansicht der Abordnung wurde durch die Bischöfe von Lichfield, Winchester und Manchester zum Ausdruck gebracht. Baldwin teilte hierauf den Vertretern der Kirche die bereits gestern in seinem Briefe an den Bischof von Lichfield beantragte Stellungnahme mit, die durch die einzelnen Minister erläutert wurde. Die Unterredung dauerte etwa zweieinhalb Stunden. Die nach der Unterredung herausgegebene Erklärung brachte nichts über den Gang der Verhandlungen. „Times“ erfahren aber, daß der Premierminister in seiner Beziehung von dem in dem Briefe an den Bischof von Lichfield vertretenen Standpunkt abgewichen sei. Er habe unter anderem besonders betont, daß Subsidien für weitere vier Monate, wie die Abordnung es wünsche, für die Regierung nicht in Frage kommen könnten. Der Arbeitsminister und der Kriegsminister, die in der Hauptsache die Vorschläge zur Reorganisation in der Kohlenindustrie erörterten, sollen die Bischöfe nicht darüber im Zweifel gelassen haben, daß, wenn die Bergarbeiter es wünschten, die Unterhandlungen wieder aufzunehmen, sie dies sofort tun könnten, mit der Voraussetzung allerdings, daß der Bericht der Kohlenkommission von ihnen vorbehaltlos angenommen werde. Sodann soll noch ein Alternativvorschlag besprochen worden sein, der eine Anleihe von mehreren Millionen Pfund zur Finanzierung der Kohlenindustrie während der Reorganisationsperiode vorsehe. Augenscheinlich soll nach dem Vorschlag der Bischöfe diese Anleihe durch die Industrie selbst garantiert werden. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß, wenn sie diese Anleihe garantieren sollte, dies nur eine Subsidie in veränderter Form sei. Auch das Eingreifen der Bischöfe hat also an der bisherigen Lage der Krise nichts zu ändern vermocht.

Die Aufschließung Persiens.

Großzügige Pläne Riza Khans. — Ein neues Verkehrsnetz. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 20. Juli.

Unter der Leitung des neuen Schahs Riza Khan werden persische Verwaltungsbeamte und ausländische Sachverständige damit beschäftigt, einen großartigen Plan für die wirtschaftliche Entwicklung Persiens auszuarbeiten. Das Hauptthema dieses wirtschaftlichen Fortschritts ist aber der große Mangel an Verkehrsmitteln und das fast gänzliche Fehlen eines modernen Nachrichtenwesens. Der Schah und seine Mitarbeiter sollen daher beschließen haben, in erster Linie diese Vorbereitungen zu schaffen. Es soll also zunächst ein modernes Straßenverkehrsnetz gebaut werden, das alle industriellen Hauptzentren Persiens miteinander und mit der Türkei, Russland, Turkestan, Afghanistan und Indien verbindet wird. So soll die Eisenbahn Tiflis-Tabriz nach Teheran verlängert werden, während von Tabriz aus eine Zweigstrecke nach Ahwaz an der türkischen Grenze gebaut werden soll. Auf Grund dieser Eisenbahnebauten werden die persischen Eisenbahnen mit den beiden benachbarten türkischen Eisenbahnen Erzerum-Ardebil und Erzincan-Angora verbunden werden. Vor allen Dingen würde aber Teheran durch die Verbindung nach Erzerum Zugang zum Schwarzen Meere erhalten.

meertuch ab; Palmen wedeln den Himmel blank, und die Sonne pukt die Häuser, die aus der Pier wie Milchsäue wachsen. Zell-revision. Grand Café au Départ. Auf halber Fahrt durchkreuzt der Dampfer die Balastrangruppe; Steilgestade mit vielen Grotten, chemals Zuflucht der Korakoren. Weiter südlich...

Zwischen Merin und Europa lösen sich die Trösten. Steinerbords entrollt sich Spanien — gigantisch phantastisch Epigengarnitur der Schneepfoten, am Horizont zum Troden auf-gehängt. Die Tafelge fällt sich schwerwiegend halb mit Himmels, bald mit Meeresschloß, und einer nach dem andern flattern die Nacht-schatten mit langen Gassen heraus, wo aus der Tiefe das Gebrahl des Sturmtieres auf seinen Raubjagen jählt.

Gleichzeitig erleuchten sich die Sterne, die Nordlaternen und die Binnenfenster der Kajütengasse.

Dort, in ihren Gemächern, dem Eßsalon mit den Topfpalmen und den Kaminen mit Samtpfoten, reißt als einziger Passagier Erster die rote Komfesse aus der spannenden Kriminalbücherei — Brillantenübertraut beglückt einen achtunggebietenden Wus, mit dem ein ausladendes Heel kongenial wetteifert.

„Ich bin“, spricht sie, „aber Reeling geklemmt, in wildem Begeh, von der Brise gelöst zu werden; ich bin eine veritable Komfesse. Mein teurer Schwiegersohn, der Kante, wird mich morgen am Landungssteig erwarten. Seit dem Tode meiner armen Tochter beude ich ihm Mutter, Freundin und Geliebte. Ja, ich habe in meinem Leben alles erreicht, was ich wollte. Die beschiedene Gasse Bordaure, in der ich das Licht der Welt erblickte, gehört heute mir. Lange bildete ich in Wien, wo ich ein Appartement im Bristol bewohnte, das Stadtegepräch, und die Zeitungen kommentierten meine Erlebnisse so ausführlich wie sonst nur Finanzkandale. Noch unlängst sagte zu mir der venezianische Gesandte beim Tennistour-nier in Wiesbaden — Wiesbaden ist eine Luststätte der Reichen — „Komfesse, mit Ihren selbstig Jahren könnten Sie den Schachengel eines Diplomaten so flal bringen!“

Und ihre Hand, ein Kallstotelet eher, in Wehl geschwigt, rückt auf dem Geländer zur schwierigen Faust des Schiffszarzes. „Docteur, warum sehen Sie mich so seltsam an?“

„Zuvielmal am Entschlußpunkt, Madame!“ salutiert Me alle, medijänische Teerjacke. „Aber ich möchte Sie für mein Leben gern impfen. Wir haben drüben ein bißchen Schwarzpockenepidemie.“

„Die schwarzen P...? Ja, beßte ich nicht eine Lustgastin?“ Docteur, ich bin eine alte Frau. Die Gipfel und die Abgründe des menschlichen Daseins schaute ich; den Beßfall der Menge und den Haß des Bößels habe ich erlebt; noch nie hörte ich, daß sich die Weßler von Lustgastinnen impfen lassen müssen. Aber wenn es denn sein muß, dann bitte nicht in den Oberarm, sondern...“

Eine Treppe tiefer, die griegrämlige Lampe fängt einen Krater in den Kreis der Passagiere zweiter Klasse. Grünlich schimmernde

ferner sollen die reichen südpersischen Provinzen Spanien und Kermanan durch eine neue Eisenbahnlinie mit Teheran verbunden werden. Von dort soll dann noch eine Anschlußlinie nach Hamadan gebaut werden, durch die eine direkte Verbindung mit der Bagdadbahn und dem Persischen Meerbusen hergestellt werden würde. Der ehrgeizigste Plan des neuen Schahs soll aber der Bau eines großen Kanals vom Persischen Meerbusen nach dem Rapsischen Meer sein, wobei man die Flußläufe des Gestrud und den Djalafsch kanalisierten würde. Der Bau der oben erwähnten Eisenbahnen würde wahrscheinlich durch eng-lisches und amerikanisches Kapital gesichert werden, während sich die deutschen Unter-s. Werke bereits jetzt die Hauptkoncession zur Errichtung eines Passagier- und Luftpostdienstes gesichert haben.

Reichsbanner und Zentrum.

Die Zentrums-Arbeiter stehen zum Reichsbanner, fordern aber volle Gleichberechtigung. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Breslau, 20. Juli.

Eine Entschlieung, die in allen Kreisen des Breslauer Reichsbanners großes Aufsehen erregt hat, sagte der Arbeiteremerausschuß der niederschlesischen Zentrumsparlei auf seiner Tagung in Breslau. Die Resolution hat folgenden Wortlaut: „Die Zentrumsarbeitnehmer der niederschlesischen Zentrumsparlei steht geschlossen hinter den getroffenen Magdeburger Vereinbarungen der Zentrumsarbeitnehmer des Reichsausschusses des Reichsbanners Schwarz-Roth-Gold und der Bundesleitung. Angesichts der vielfachen Veruche gewalttätiger Verfassungsveränderungen ist ein Zusammen-stehen aller republikanischen Staatsbürger ein Gebot der Stunde. Wenn die niederschlesischen Arbeiternehmer bisher noch nicht Gelegenheit genommen haben, im Reichsbanner tätig zu sein, so liegt das an der einseitigen Einteilung der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei, die es nicht lassen können, die Reichsbannerorganisation als Zummelpfad und Agitationsfeld für parteipolitische und freigewerkschaftliche Agitationen zu bemhen. Solange die Sozialdemokratie uns nicht die Garantie einer neutralen Behandlung des Reichsbanners im Sinne der Magdeburger Vereinbarungen gibt, ist an eine aktive Mitarbeit durch uns nicht zu denken, so sehr wir auch diesen Zustand bedauern.“ Das Breslauer Reichsbanner beabsichtigt, bereits heute eine Erklärung zu veröffentlichen, die von dem Arbeitnehmer-ausschuß der niederschlesischen Zentrumsparlei bestimmt un-gewöhnlich darüber fordern wird, in welchen Fällen eine einseitige parteipolitische Stellungnahme durch das Reichsbanner in Breslau erfolgt ist.

Eine Erklärung der Magdeburger Polizei.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Magdeburg, 20. Juli.

Das Magdeburger Polizeipräsidium gibt heute eine Notiz an die Presse heraus, in der es die Berechtigung der tiefen Erregung der Bevölkerung über den Fall Helling anerkennt, aber bittet, Ruhe zu bewahren und die behördlichen Nachforschungen nicht zu stören. Im Interesse der Sache sei es aus begreiflichen Gründen unmöglich, die Öffentlichkeit über die vorliegenden Verdachtsmomente zu unterrichten. Besonders betont das Polizeipräsidium, daß politische Momente in der Angelegenheit, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, in keiner Weise hervorgetreten sind. Kriminalkommissar Tenholt, der die Untersuchung des Falles auch weiter leitet, hat gestern eine neue Verhaftung vorgenommen. Weitere Verhaftungen stehen bevor. (Siehe auch erstes Beiblatt, 1. Seite.)

* Weimarer Nachspiel. Nach einer Meldung des Weimarer Bureau der Polizeidirektion Dr. Müller-Brandenburg gegen die kommunalistischen Landtagsabgeordneten Fischer, Schulze und Gensowitz, mit denen er am Sonnabend vormittag im Thüringischen Landtagsgebäude einen Zusammenstoß hatte, Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft Weimar gestellt.

Korsaren.

Von (Nachdruck verboten.)

Walthor Mehring.

Sobald der erste Kognakflern überfließt die eiserne Jähre, Vertritt man mit aller Wucht Herrn Sein Land auf der Cannabiere...

Man erkundige sich im Verkehrs-bureau nach dem Klub für reisende Lote; Dort trifft man Gulliver, Cyrano, Jules Verne und den Don Quijote.

(Walt Merin: Kleiner Führer durch den Mid.)

Der „Général Cambonne“, umspielt von Delphinen, durchplagt die Gliten des Zweifarbenbrudes im Schaufenster des Reisebureaus, wo man Landkarten kaufen kann, wie im Geschäft zur Linken Yponer Seidentümpfe und zur Rechten einen Parquetplatz im Muschall.

Diese kleinen, bekrännten Schalterkäffen, nüchtern und blaß wie Bankbeamte, die mit Gellgeschiffen aus den Schiffsalzlagern Papstfischen und Gefischen (Stabsdraum, Limonadenkaffe, Brenneffgrün, dottergelb — Chromatit der Abenteuer) eskamotieren; und jene eleganten Auskutschherren, die Pläne nach Maß anfertigen und die tibetanischen Jagdsköpfe im Skopie haben.

„Ich möchte nach Afrika!“

„Sehr wohl, mein Herr. Vielleicht etwas Kongo? Kongo ist sehr en vogue. Dürfte ich Ihnen die Tanganikanische...?“

„Wie steht es mit Kaskoborn?“

„Leider zu spät! Findet gerade in diesen Tagen statt. Wir haben nur noch zweimal des Jahres Rhinogerosperische. Zu unrentabel! Aber Büssel zum Beispiel...“

„Gibt es da noch unentdeckte Gebiete?“

„Aber gewiß! Fräulein, wollen Sie, bitte, dem Herrn das Verzeichnis unserer Forschungsreisen vorlegen!“

„Ich bin im Begriff, eine Hochzeitsreise zu machen; verjage über jitra zwei Monate.“

„Wir hätten da etwas ganz Apartes: den Exodus. Die Route des Volkes Israel. Vierhundert Pfund (Sterling) und Getränke extra.“

„Auf schnellstem Wege aus Europa...“, fordert Merin.

„Nordafrika morgen früh via Port Vendres...“

„Beschreibung?“

... die Wärenden öffnen einen weinbefegten Schoß zu einem Puppenbauer; die Rolensphäre schneidet ein Stück blauen Mittel-

Gardeflag.

„Der Prinz krank stehend...“

Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt einen Bericht über die Tagung der rheinisch-westfälischen Garde, eine, durch die die Stadt Mülheim an der Ruhr nicht worden ist. Es muß sehr erhebelnd gewesen sein. Der in Citel Friedrich, wies darauf hin, daß die Gardezeit die schönste Zeit im Leben vieler deutscher Männer, gleich welchen Standes, gewesen sei — über die Vergarbeiter des Ruhrgebietes vielleicht doch ein wenig anders denken als die Ausereisenen, die schon im Alter von zehn Jahren zu Leutnants im 1. Gardebataillon zu Fuß ernannt wurden. Die Erziehungsarbeit an der Jugend mußten heute die dazu fähigen Vereine übernehmen. Er schritt „in die Leitung der Generale“ die Front zahlreicher Verbände, und nahm in Gesellschaft des Großindustriellen Friedrich „die Parade ab“. Das alles aber war noch nicht auf leuchtender Gerablassung. Sondern: Die Gardevereine Mülheim überreichten dem Prinzen einen Pokal als Geschenk, aus dem der Prinz dem Tausenden stehend trank. Er geht nicht. Oder vielleicht nicht tiefer? Daß der Prinz tatsächlich von seinem Sie erhoben hat, um in Tausenden zuzutrinken, ist wohl das Märchen an fürstlicher Gnade und muß das Entzücken der „Deutschen Tageszeitung“ hervorgerufen, die „für deutsche Art“ zu würdigen ist. Aber der Hygientismus, der dort umderrt durch die Ereignisse der Weltgeschichte weiter ben wird, ist ja gar nicht „deutsche Art“. Die große Mehrheit des deutschen Volkes lehnt diese Zumutung energisch ab.

Die Frau des Richters.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

N. Nürnberg, 19. Juli.

Der Redakteur des Streicher'schen Heftblattes „Stürmer“, der sozialistische Stadtrat Holz, stand wieder einmal in Verleumdung des Oberbürgermeisters Dr. Luppe. Er wurde wegen übler Nachrede in Latent mit Verleumdung durch die Presse zu 600 Mark und 1000 Geldstrafe verurteilt. Zu Beginn der Verhandlung er den Vorliegenden wegen „Belohnung der Ungeheuer“ mit folgender Begründung abgelehnt. „Ich stehe als Antisemit. Die Juden sind eine gemeingefährliche Rasse. Der Vorsitzende dieses Gerichts ist mit einer Frau der Rasse verheiratet. Er muß aus diesem Grunde das allergrößte Interesse daran haben zu verhindern, daß wir die Macht haben. In dieser Tonart ging es weiter. Die Strafkammer urteilte den Verleumdungsantrag für unbegründet, worauf Holz er, sich der „rohen Gewalt“ beugen zu müssen, aber auf alle Fälle die Antwort zu verweigern. „er habe als Deutscher das Recht, daß ein Richter über ihn urteile, der nicht mit Juden in Verbindung stehe.“

Zauhauers Friedensrede.

Der Völkerverbund — „ein tief christlicher Gedanke“.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

München, 20. Juli.

Die katholische Presse veröffentlicht auszugewählte den Text der Rede des Kardinal-Erzbischofs v. Faulhaber in der Friedenskonferenz in London des Zentralvereins deutscher Katholiken in Nordamerika anlässlich des Eucharistischen Kongresses in Springfield. Die Rede ist ein starkes Bekenntnis zum Glauben der Völkervereinigung und des Weltfriedens. Der Vorsitzende dieses Kongresses hat die Weltfriedenskonferenz bei sich auch die Hindernisse, die dem Weltfrieden entgegenstehen, so den überparteilichen Nationalismus, den er als die eigentliche Ursache des 20. Jahrhunderts bezeichnet und die internationale Presse, die durch ihre Meldungen die öffentliche Meinung vergiftet und die Atmosphäre des Mißtrauens und des Hasses unter den Völkern pflegt. Der Völkerverbund sei ein herrlicher und im Grunde auch tief christlicher Gedanke, wenn er wirklich dem wirt-

schaftlichen Gleichgewicht und dem Schutz der Minoritäten dient. Der Kirchenfürst appellierte an seine Zuhörer, für die Friedensidee zu beten und zu arbeiten.

Zusammenschluß der deutschen Bergarbeiter?

Verhandlungen über einen Einheitsverband.

Bonn, 20. Juli. (M.A.B.)

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands hat einen Beschluß gefaßt, in dem es u. a. heißt: Die kapitalistische Entwicklung der letzten Jahre hat besonders im deutschen Bergbau durch Betriebszusammenschlüsse das Bild wesentlich verändert. Anstelle der selbständigen Einzelbetriebe sind mächtige Wirtschaftskonglomerate entstanden, die bis zu 100 Bergwerksbetriebe umfassen. Dem stehen Arbeiterorganisationen gegenüber, die sich in verschiedene Gewerkschaftsgruppen spalten, was bei den Kämpfen um Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht von Vorteil ist. Die Zersplitterung der Arbeiterorganisationen im deutschen Bergbau bindet Energien und lähmt die Aktivität der Gewerkschaften. Deshalb fordert der Verband der Bergarbeiter Deutschlands den Zusammenschluß aller im Bergbau und in seinen Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter zu einem Bergbauindustrieverband. Er beauftragt den Vorstand, in Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Organisationen zu treten.

Aus Uhlenhau's Reich.

Der Rügebrief der Bundesleitung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

S. Hannover, 20. Juli.

Im Zusammenhang mit dem Braunschweiger Stahlhelmstandal dürfte noch folgendes bemerkenswert sein: Ende 1925 waren bereits die finanziellen Schwierigkeiten des Stahlhelmstamms in Braunschweig drückend geworden. Die Lieferanten verlangten Bezahlung ihrer gelieferten Waren, unter anderen auch die Firma Wenning, die Haushaltsgegenstände geliefert hatte. Uhlenhaut hat den Inhaber der Firma, der auch Mitglied des Bundes ist, einen Wechsel zu verlängern. Wenning lehnte das ab, worauf Uhlenhaut in einem Rundschreiben an sämtliche Orts- und Bezirksgruppen im Gebiet Braunschweig angeordnet hat, daß die Firma Wenning aus den Lieferantenlisten zu streichen sei. Wenning strengte nun einen Prozeß gegen den von Uhlenhaut vertretenen Stahlhelm an und verlangte Zurücknahme der Anordnung. In diesem Prozeß hat Wenning auch die Geltendmachung eines Geldschadens angefordert. Durch Urteil des Landgerichts Braunschweig vom 26. März dieses Jahres ist der Bundesverband des Stahlhelms verurteilt worden, die fragliche Anordnung Uhlenhaut zurückzunehmen. Die Bundesleitung in Magdeburg, der auch dieser Punkt zur Prüfung vorgelegt wurde, sagt jetzt dazu, daß Uhlenhaut besser das Rundschreiben unterlassen hätte und daß er auch den Prozeß mit Wenning nicht hätte führen sollen; man mag, so meint die Bundesleitung, Uhlenhaut den Vorwurf unrichtigen und vorläufigen Handelns machen, ein ehrenrühriges Verhalten sei aber nicht darin zu erblicken. Eine solche Feststellung lasse das Urteil des Landgerichts, das im übrigen einem Verstoß gegen die guten Sitten im Sinne der §§ 226 des bürgerlichen Gesetzbuchs feldgeschlagen hat, nicht zu. Wenn Uhlenhaut in dem Rundschreiben an die Stahlhelmstamme an Grund des Urteils zunächst erwähnt, daß Wenning mit seinem Anspruch auf Zahlung abgewiesen sei, so sei dies objektiv allerdings nicht richtig, da die Geltendmachung eines Schadens von Wenning nur angefangen worden war. Man muß sich nach diesen Feststellungen von neuem darüber wundern, daß die Bundesleitung trotzdem den Landesverbandsvorsitzenden Uhlenhaut hält, dessen Verhalten sie so, wenn auch mit auffällender Milde, verurteilt.

Zeitungsverbot. In Erfurt wurde, nach einer Meldung der Telegraphen-Agentur, die Zeitung „Eich Germania“, die vor kurzem zweimal der Beschlagnahme verfallen war, vom Oberpräsidenten der Provinz Sachsen wegen Verstoßes gegen die republikanischen Staatsformen des Reiches auf die Dauer von einem Monat mit Wirkung ab heute verboten.

„Verzeihen Sie, Madame, würden... Sie... Sie... die... die Gefälligkeit, Ihre... Ihr Geschmeide, ich meine: die Pretiosen...“

Rings im Halbkreis funkelten verwegene Augen. Dramatischer Höhepunkt.

Die Komtesse nestelt ihre Brillanten los.

„Nehmen Sie, mein Herr! Und mögen Sie Ihnen mehr Glück denn mir bringen! Abtreten Sie...“

„Greif zu, opportunistisches Seepferd!“ kommandiert Bobby.

„Wieviel Tränen haben Sie...“

„Es geht um den Kopf! Sag: Wir sind keine einfachen Räuber!“

„Greif zu! Wir sind keine Opfer! Zwei einfache Räuber...“

Ein neuer Brandungsprall schleudert den Aufschluchzenden mitten hinein in die schmerzhaftesten Arme der Komtesse.

„Armes Kind!“ ergelbt sie und freudlich ihn. „Und ihr anderen Irregelmäßigkeiten! Nehmt Sie hin, meine achtzigjährigen Solistäre, und nehmt mein Herz dazu, das für die Bedrückten schlägt!“

„Verat!“ heult Bobby. „Nächst die konterrevolutionäre Sirene!“

„Unterbrechen Sie mich nicht, mein Herr. Ich sagte: für die Bedrückten schlägt. Bin ich nicht Ehrenmitglied des Vereins für soziale Fürsorge? Batin entlassener politischer Strafgefangener? Gab ich...“

„Auf die Kommandobrücke!“ droht Bobbys Schrei.

Da elektrifiziert ein konvulsisches Zucken Bibis Körper.

Im zweiten Augenblick entladen sich die Schläfen seiner erschütterten Seele.

Im nächsten Moment hat die Bewegung fastmähig die anderen ergriffen.

Bobby verdunstet... Aus der Tiefe quellen Harmonikallänge...

In einer Ecke brüllt Walt Merin Verachtung, das Lächeln an den Mund gepreßt gegen physische Hebelkraft...

Eingig die Komtesse behauptet die montäne Walstatt; sie hält den Kopf des sich heftig tanzenden Bibi...

Der Morgen entzündet sich orangen über tintigen Wellenrücken. Freidlich, als wäre nichts gewesen, umspielt von Delphin, durchspritzt der „Général Cambonne“ die Fluten des Zweifelsdrucks.

Das Bürgerturn zweiter Klasse schnarcht, ahnungslos in jenseitiger Kompromittung.

Der Erbauer erbaute sich auf weißen Kolonnen und sehr zivilisiert. Die Eingeborenen erläutern mit wildem Hockgruß die Randungsbrücke.

Aus dem Kreise der Fememörder.

Ein Brief des Oberleutnants v. Pannwitz aus Polen.

Der Oberleutnant v. Pannwitz, der sich nach der Ermordung Bernhard Schottländer, des Führers der Breslauer Unabhängigen, den Namen „v. Borgen“ beilegte, später unter Oberleutnant Schulz zum Kreise der führenden Mitglieder der Schwarzen Reichsmehr gehörte, in Westfalen sich an der Ermordung des Schützen Beyer beteiligte und einer ganzen Reihe weiterer Morde wegen fieberhaft verfolgt wurde, dann nach Polen flüchtete, nachdem er sich erst auf dem seinem Bruder gehörigen Gute Bogdanowicz im polnisch gewordenen Teile des Kreises Rosenbergs, danach bei seinem Onkel in Bromberg aufgehalten hatte, und schließlich als Agent des polnischen Geheimdienstes in Warschau gelandet war, hat von dort an einem seiner damaligen Untergebenen einen Brief geschrieben, den wir hier im Wortlaut folgen lassen, weil er in das Dunkel der Fememorde etwas hineinleuchtet:

Warschau, den 20. April 1925.

Mein lieber... ..

Auf Ihrem Wege erhielt ich Ihren Brief. Es freut mich, daß Sie Ihren alten Kampfesführer noch nicht ganz vergessen haben. Ich bin schon seit einigen Monaten von zu Hause weg und bin, wenn Sie diesen Brief erhalten, aber der Grenze im Ausland. Ich habe keine Lust, monatelang in Unterdrückung zu leben, in dem ich bin, reicht das Gesetz zum Schutz der R. nicht mehr. Ich habe ein reines Gewissen, vor meinem alten Vaterlande, für das ich immer nur gearbeitet habe, kann ich alle Taten verantworten. Mit den Schuldschulden habe ich gar nichts zu tun. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir genaue Nachrichten an die Adresse meines Bruders, v. Pannwitz, Bogdanowicz, Kreis Rosenbergs (Oberschlesien), geben würden. Der leidet das dazu weiter. Sollte das unter Pleschewitz sein, richten Sie ihm die herzlichsten Grüße aus. Ihnen, lieber... .. ebenfalls die besten Grüße.

Ihr getreuer

Oberleutnant v. Borgen.

Aus diesem Brief geht hervor, daß Pannwitz mächtige Schätze haben muß, die seine ungehörte Sicherheit auf polnischen Boden verbürgen. Hat man schon seine Auslieferung bezweifelt? Kostentlich werden wenigstens die demnachst bevorstehenden Fememordprozesse öffentlich geführt und die ständische Heimlichkeit vermieden, die längst auch vor dem Reichsgericht über den Fall Bannier gebreitet worden ist.

Bayern und die Fememorde.

Der „Bayerische Kurier“ für restlose Aufklärung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

München, 20. Juli.

Das vielleicht maßgebliche Organ der bayerischen Volkspartei stellt heute bemerkenswerterweise die Forderung auf, die Angelegenheit der Fememorde in Bayern müsse restlos aufgekärzt werden. Bekanntlich war der Erlass des bayerischen Justizministers über die Einholung von Akten und Einvernahme von Beamten durch den Gemeindeführer des Reichstags vielerorts, besonders in der sozialdemokratischen Presse, als Verleumdung aufgefaßt worden. Dazu schreibt nun der „Bayerische Kurier“: „Vertuschungsversuche wären ein durchaus ungeeignetes Mittel, dem moralischen Ansehen Bayerns zu dienen. Wenn wirklich Dinge geschehen sein sollten, die die Inhaber gewisser staatlicher Stellen in Bayern belasten, so fordert gerade das öffentliche Interesse Bayerns nur dies, daß die Schuldigen festgestellt werden und dadurch die Scheidelinie zwischen dem bayerischen Staat als solchem und unwürdigen Inhabern staatlicher Stellen eindeutig und scharf mit allen Folgerungen gezogen wird. Jede andere Politik wäre nicht nur unethisch, sondern auch kurzfristig, denn von allen Verfassungen gilt, was von den Vätern gilt, daß sie nämlich kurze Beine haben, und daß die Sonne alles einmal an den Tag bringen wird.“

„Gepädträger! Gepädträger!“

Ein junger Beau schmacht einen Fuß auf die gräßliche Wulsthand:

„Hast du gute Ueberfahrt gehabt, Schatz?“

„Bedrückt, mein Junge, prächtig! Und so liebe Menschen...“

In Handhüllen, aber mit reinem Gewissen verlassen die reinen Exzebeln zwischen zwei Agens die Stätte ihrer Verirrung.

Bibi, einen jernatistischen Zigarettenstummel an die feigenden Lippen geklebt, wendet sich demütig zu Walt Merin:

„Dürft' ich den Herrn um Feuer bitten?“

„Danklicher Gefühlsduff!“

M. Radwort zum Zille-Prozeß. Mit dem neuesten „Simplizissimus“-Prozeß, in dem Professor Heinrich Zille verurteilt wurde, ist ein neues Glied in die lange Reihe von Verleumdungen gefügt worden, durch die sich manche Stuttgarter Staatsanwälte und Richter in Kunstangelegenheiten schon oft hervorgetan haben.

Diesmal haben sie nicht nur die Zeichner und Künstler und die verantwortlichen Redakteure, sondern auch den Drucker des „Simplizissimus“ unter Anklage gestellt. Das ist neu und eröffnet die Aussicht, daß nächsten auch noch die Verleger, Austräger und Abonnenten unter Anklage gestellt werden können. Das System der Stuttgarter Justiz sieht etwa so aus: Auf der technischen Hochschule in Stuttgart gibt es einen in der Öffentlichkeit völlig unbekannten Professor, namens Dr. Weizsäcker. Er leidet der seltenen Wahn mit dem „normalen Anstands- und Sittlichkeitsgefühl“ zu sein, denn bevor der Staatsanwalt in Stuttgart sich über die Frage der Anklageerhebung schlüssig wird, wird der Professor um seine Meinung befragt, ob ein Bild das normale Anstands- und Sittlichkeitsgefühl verletze oder nicht. Wenn er ja sagt, dann geht's los. Warum nun noch stundenlang verhandelt wird, ist ein Geheimnis des Gerichts, da der gleiche Professor in der Verhandlung, und zwar er ganz allein, „fachverständig“ ist und ein anderer nicht zugelassen wird. Die Anklagen sind anerkannter Führer der Kunst sind für die Stuttgarter Staatsanwälte nicht machend. So stand den Gutachten von Liebermann, Seibitz, Hugo Reberer, Alfred Rubin, Franz v. Sied, Wilhelm Kaufmann u. a. als einziges „unabhängiges“ Gutachten das des Herrn Professors der Technischen Hochschule in Stuttgart gegenüber. Es genigte dem Gericht, um gegen die Angeklagten zu entscheiden. Die ganze Angelegenheit hat selbst in Stuttgart zum Teil sehr lebhaften Widerspruch ausgelöst, und das will schon sehr, sehr viel heißen.

* „Ged.“ in Chicago. Georg Kaiser's Drama „Ged.“ ist jetzt in einem der größten Chicagoer Theater aufgeführt worden und hat einen starken Erfolg erzielt.

* Der „Theaterchronist“. Der Schwan „Das Ekel“ mit Max Waldert geht heute, Dienstag, im Deutschen Theater zum 50. Male in Szene.

Minister Bartel für den Frieden.

Keine Benachteiligung

Kein Verzicht auf polnisches Gebiet. — Gegen den Antisemitismus. — Günstige Beurteilung der finanziellen Lage.
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

♣♣ Warschau, 20. Juli.

In Fortführung seines Exposé's vom der Ministerpräsidenten Zar auf die Außenpolitik zu sprechen. Er führte hierbei aus: Durch positive wirtschaftliche Arbeit hat die Regierung das Vertrauen des Auslandes zum polnischen Staate gefestigt. Es wurden die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland aufgenommen. Außerdem sind solche Verhandlungen mit andern Staaten vorbereitet worden. Der Vertrag mit der Türkei über das Spiritusmonopol und die Niederlassung polnischer landwirtschaftlicher Maschinenfabriken, wie auch der Handelsvertrag mit Persien sind wichtige wirtschaftliche Erfolge. Die Regierung betreibt eine ausgeprägte Friedenspolitik. Ihre Friedenssehnsucht ist echt, und ihr Streben nach Erhaltung des Friedens, Erhaltung der Gleichgewichts und der Autorität im Staate ist unerschütterlich. Wir wollen mit andern Staaten zusammenarbeiten. Wir stehen auf dem Boden der Bündnisse. Wir haben den guten Willen, was es sich um die Erhaltung gut nachbarlicher Beziehungen handelt. Wir werden bei Bewerdungen die friedliche Lösung anstreben. Ich weise fest und standhaft die Vorwürfe irgendwelcher Angriffslust auf diesen oder jenen Nachbarn zurück. (Beifälle Bravorufe.) Ich verurteile aber auch der andern Seite die verbreiteten Gerüchte über angebliche Absichten der Regierung, irgendwelche polnische Territorien aufzugeben. Hierauf wandte sich der Ministerpräsident den von der Regierung geforderten Abänderungen der Verfassung zu. Er sagte, die Vollmachten, die die Regierung fordere, seien berechtigt, sowohl durch die Lage des Landes als auch durch die Nöthigung und Arbeit dieser Regierung. Weiter führte er an: „Ich bin der Ansicht, daß die Angriffe, die gegen die Regierung im Sejm gerichtet wurden, oberflächlicher Natur sind. Ich kann hier nicht alles sagen, was die Regierung tun will. Ich kann richtiger sagen, was die Regierung nicht tun wird. Die Regierung wird es nicht zulassen, daß das Vertrauen der fremden Länder erschüttert wird. Die Regierung duldet keinen Protectionismus, keine Parteivoreilhaft in der Verwaltung, keine Korruption. (Beifälle Beifall.) Die Regierung wird es nicht zulassen, daß man auf wirtschaftlichen und allgemein staatsbürgerlichen Gebieten experimentiert. Sie wird ihr Erhöhen der Arbeitsergiebigkeit und für die Milderung der Steuerarbeit. Schließlich wird es die Regierung nicht zulassen, daß die Rechte der niedrigen Staatsbürger erschüttert werden. (Stimmen von Seiten der nationalen Minderheiten und zum Theil von Seiten der Linken, laute Proteste auf der Rechten.) Die Regierung wird es nicht dulden, daß man den Arbeiter auslauge. (Er wird für Wahrung der Arbeitsrechte Stürme tragen.)“ Was die Regierung hier zu, fuhr Bartels fort, sei nur der Anfang. Die wirtschaftliche schöpferische Quelle sei das Bürgerthum selbst. Die Annahme der breiten Massen an den staatlichen Arbeiten dürfte sich nicht auf den Haßlast beschränken. Den wirtschaftlichen Antisemitismus erachte die Regierung als aber auch schädlich für das Land. Bei der Krediterteilung und bei Steuerfragen werde die Regierung vollkommen unparteiisch vorgehen. Fremdenwille Geheimabkommen mit den Juden werde die Regierung nicht abschließen. Sie wolle die Streitigkeiten zwischen den Nationalitäten und die religiösen Gegensätze ausgleichen. Gleichseitig aber werde sie sich jeglicher staatsfeindlicher Handlung widersetzen. Des weiteren erklärte der Ministerpräsident, daß die Regierung keine mechanische Sparmaßnahme betreiben wolle. Er kündigte eine Revision der Beamtengehälter und der Militärgehälter an und machte er dies vom guten Funktionieren der Monarchie und der staatlichen Unternehmen abhängig. Zum Schluß

Gegen Zensur, für Sittlichkeit.

Von (Nachdruck verboten.)
Heinrich Mann.

Das drohende Zensurgesetz wird mit der Leg. Heinze verglichen. Jenes Gesetz aber verhinderte Wilhelm der Zweite, weil es ihm „eine Suppe einbrodte“. Er erschrak, die ganze öffentliche Meinung, von den erklärten Disfidenten abgesehen, war dagegen. Sie war sogar erbittert dagegen.

Selten ist heute der entfesselnde Widerspruch gegen einen viel
roheren, viel frecheren Angriff aus das Geistesleben. Bis zu unfer
Protesten sah ich die Sache fast nirgends sehr wichtig genommen. Dabei
beschäftigte jedes frühere Geleß doch immer nur die gerichtliche Ver-
folgung von Autor und Buch. Die Oeffentlichkeit war unterrichtet und
betheiligt, ihre Meinung sprach mit. Dieses neue Zeugniß aber will
als heimlich abmachen. Eine geheime Feme soll jedes Buch, ohne
Kontrolle, ohne Widerspruch, aus der Oeffentlichkeit verschwinden
lassen dürfen.

Nicht einmal inoffizielle Maßnahmen für ganz Deutschland sind vorgesehen. Jede reaktionäre Regierung eines kleinen Landes ersticht durch ihre Zensurbehörde Verbot, die ohne weiteres für das ganze Reich gelten. Die zentrale Zensurbehörde will, schon aus politischer Verantwortlichkeit, doch immer nur befähigen, was schon entschieden ist.

Die Zensurbehörden selbst werden nach dem Belieben der zufälligen lokalen Machthaber zusammengesetzt. Eine Scherenschnittlinie, keine Freunde der Literatur oder gar geistige Ueberragende müssen dabei sein. Gemüthliche Berühmtheiten, zum Beispiel lauter Geistesge, können totad, doch noch man sie nicht vertheilen, fürwahr unterdrücken.

Der Vormund liefert der sogenannten Schutz der Jugend -- was ein besonders abgesetzter Vormund ist. Wer kann ihn ernst nehmen? Bäder sollen nicht ausgestellt, nicht verkauft werden dürfen, auch ein hundert Gewandene nicht, weil der hundertste Käufer ein Jugendlicher sein konnte! Darunter natürlich Bäder, die wie heute fünfzig, 6 bis 10 Mark kosten und von Anaben nicht bezahlt werden können. Darunter selbstverständlich Bäder, an die lüsterne Anaben überhaupt nicht denken.

Schundliteratur, angenommen, daß sie unter der Jugend die behaupteten Verheerungen wirklich anrichtet, könnte durch bessere Jugendliteratur verdrängt werden; sie wäre billig in Massen unterzubringen — mit Verwendung staatlicher Zuschüsse, eben des Geldes, das die geplanten Zensurbehörden kosten sollen.

Uebrigens aber ist Entfittlichung einer ganzen Jugend noch nie durch Lesen bewirkt worden, sondern immer geradeswegs durch das Leben. Ein verantwortungsloses älteres Geschlecht hat die Kinder hineingestellt in ein Leben, das verrotzt und verdummt ist durch Krieg und Nachkrieg, durch

rief der Ministerpräsident der Kammer zu, es handle sich nicht um das Schicksal der gegenwärtigen Regierung, denn dieses sei nur eine Angelegenheit dritter Ordnung, vielmehr handele es sich um die Sanierung des Landes. Dieses Wert sei abhängig von der Mitarbeit der Bürgerschaft. Dem Ministerpräsidenten wurde, als er geendet hatte, sehr lebhafter, langanhaltender Beifall gesendet.

Die Rede des Ministerpräsidenten Bartel hat einen tiefen Eindruck gemacht. Vor allem muß unterstrichen werden, daß der Ministerpräsident die beunruhigenden Gerüchte über angeblich kriegerische Absichten Polens gegen gewisse Nachbarn widerlegte. Die energische Fortführung der Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland lieg der beste Beweis des Friedenswillens der Regierung. Was die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Landes betrifft, so sprach der Ministerpräsident hierüber sehr optimistisch, und sein Optimismus scheint von seinem Standpunkte aus nicht unberechtigt zu sein. Er hat wenigstens keine falschen Zahlen eingefügt, wie das vielfach andere Minister vor ihm getan haben. Seit Polens Wiedergeburt hat sich im Lande noch kein Regierungsoberhaupt gefunden, das den Mut aufgebracht hätte, öffentlich den wirtschaftlichen Antisemitismus zu verurteilen. Kein bisheriger Ministerpräsident hat sich in seinen Beziehungen zu den nationalen Minderheiten auf den Boden der Verfassung gestellt. Bartel vertritt sich nicht in joshyistische Gedankengänge und machte die Gleichberechtigung der nationalen Minderheiten nicht von der berückichtigten Lohndat gegenüber dem Staat abhängig. Er sagte, daß auch die nationalen Minderheiten stark seien, und es liege im Staatsinteresse, sie sowohl in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht gut zu behandeln. Bei Gelegenheit erklärte Bartel, nicht ohne ironischen Seitenblick auf die Nationaldemokraten, daß die Regierung irgendwelche Geheimpakte mit den Juden nicht abschließen werde.

Die Ausführungen Bartels finden eine gute Presse. Selbst Zeitungen der Mitte und zum Teil der Rechten geben zu, daß die Rede einen tiefen Eindruck gemacht hat. Der unparteiische „Kurier Polski“ schreibt: „Bisher haben wir viele Ministerpräsidenten gehabt, die viel versprochen, aber wenig getan haben. Jetzt ist einer gekommen, der beabsichtigt hat, wenig zu reden, aber um so mehr zu schaffen.“ Die christlich-demokratische „Koczospolna“ meint: „Schwierig ist es, die Regierung auf Grund ihrer bisherigen Tätigkeit zu beurteilen. Selbst der größte Bewunderer der Regierung Bartel kann dieser irgendwelche Verdienste um die gegenwärtige Besserung der Wirtschaft unseres Landes nicht zuschreiben.“ Das Blatt meint, daß die Besserung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage den Vorgängern des Finanzministers zu verdanken ist, und legt zum Schluß: „Die Regierung hat große Möglichkeiten, ob sie hieraus für den Staat Nutzen ziehen wird, wird die nächste Zukunft lehren.“ Die national-demokratische „Gazeta Warszawia“ schreibt: „Das Programm hat sich als ein wenig ephemer, „Gedachtes“ von verächtlicher Trübsie erniesen. Hauptächlich stellte sich das Regierungsprogramm aus Selbstlos zusammen.“ Das Blatt fragt, ob die Regierung Bartel die hundertprozentige Vermehrung der Kohlenausfuhr und den Austritt des englischen Streiks verurteilt habe. Desgleichen hat nach dem Blatt die Regierung auch keinerlei Verdienste um die Aktivität der Zahlungs-Bilanz. Denn die Regierung meine, daß sie dies alles erreicht habe, so sollte sie die Art und Weise, wie sie das getan habe, nicht in tiefstes Geheimnis hüllen, sondern für Frankreich und Italien potentieller lassen. Die bisher mit ihren Finanzen nicht in Ordnung gekommen konnten. Ein Zeitungsvertreter fragte den Ministerpräsidenten, was die Regierung tun werde, falls ihr die geforderten Vollmachten nicht erteilt würden. Der Ministerpräsident antwortete: „Im Falle der Ablehnung der Vollmachten durch den Seim wird die Regierung die gebührenden Folgerungen ziehen.“ Aus parlamentarischen Kreisen erhob sich, daß gewisse einflußreiche Parteien im Seim der Regierung die geforderten Vollmachten nur bis Januar nächsten Jahres erteilen wollen.

Budapest, 19. Juli. (Privat-Telegramm.) Prinz Windischgrätz hat unter Hinweis auf seine schwere Erkrankung be-

Inflation, die tödliche Entzweiung der Schwärmer allein, durch Rot, Entzweiungen, den überharten, viel zu heißen Stempel um das Lein. Solche Zeiten gehören nur und ohne das Bücher noch nötig wären, Aufzeichnungen und eine Gesellschallung worin dieselbe die Achtung vor Menschlichkeit nicht mehr vorkommt. Stillsittigkeit ist Achtung vor Menschlichkeit, nichts anderes. Zuerst das Leben im Sinne der Menschlichkeit regeln, der Jugend die Sittlichkeit geben, daß es mehr als nur eine Arena für die höchsten Tüchte ist. Dies würde unter anderem zur Folge haben, daß bessere Bücher gelesen werden, statt der so schlechten.

Welcher Abgrund von Unwissenheit und Geisteslei ist vor, durch Wegnahme von Büchern ein junges Geisteslicht werden zu können, dem doch die Lebensluft selbst tagtäglich vergiftet wird! Gerade durch Einrichtungen, wie die Zensurbehörden es sind, wird ihm die Lebensluft noch mehr vergiftet. Uebergriffe der Gewalt, Mißhandlung des Geistesigen, die Anmaßung besorgener Durchschnittsgestalten, den Menschen bis in seine Gedankenwelt hinein zu verfolgen — eine solche, entsetzliche Zucht entsteht in Babylon! Ist erst durch alle diese unnothige Freiheit vor dem Recht des Menschen.

Die beabsichtigte Einführung einer absolutistischen Buchzensur ist in Deutschland, dessen staatlichen Stellen es an heimlichem Faschismus nicht fehlt, der erste ganz offene, ganz unverhohlene Vorstoß des Faschismus. Faschismus ist Freiheit vor dem Recht des Menschen.

Man hüte sich doch! In Jenfurbehörden werden herrschende Interessen vertreten sein. Herrschende Interessen wollen nicht, daß gegen sie gehandelt werde. Sie werden daher verordnen, daß gegen sie geschrieben wird. Das ist einfach und klar. Ebenso einfach und klar ist aber, daß in diesem äußersten Fall, bei Gewalt Herrschaft geistig Unbefugter über das gesamte geistige Leben, eine Scheidung der Geister eintreten muß. Die Intellektuellen sind seit der Anstellung verantwortlich, wiesand sich die durch wirtschaftlichen Zwang auch geistig behindert; ein Geknechtwurf wie dieser hätte sonst nie genagt werden können. Trotz allem wäre das Meukste, das jetzt droht, für sehr viele die Erleuchtung. Ploßlich würden sie dann doch erkennen, wohin es gekommen ist.

Jetzt steht, daß die Wirkung auf alle, die von geistige Freiheit noch wissen, weit, sehr weit gehen würde. Bei dem Kampf gegen ein Gesetz bliebe sie nicht stehen. Eine Art staatlichen Lebens, die Gedanken und Wort offenbar nicht achtet, nicht schützt, sie sogar Feindenden ausliefert, kommt in den Verdacht, als fürchte sie selbst das Wort und den Gedanken. Das aber hat Folgen. Das hat immer Folgen.

F. E. Die Kritik in der Film-Überprüfung. Ueber das Verbot des „Potentia“-Films, herbeigeführt durch die nämliche Spruchbehörde, die ihn — mit Recht — für nicht sicherheitsgefährlich erklärt hatte, ist die Erregung nachhaltig und groß. Sie hat, wie zu erwarten war, bereits dazu geführt, daß einige Mitglieder der Film-Überprüfungs-Kommission, Männer von Autorität, ihr Ehrenamt nieder-

Völkerbundshilfe für Bulgarien.

Ein Zuschuß von 400 000 Pfund.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ London, 20. Juli.

Der Finanzausschuß des Völkerbundes hat gestern seine erste Sitzung in London abgehalten. Der Hauptzweck dieser Zusammenkunft war, bereits jetzt der bulgarischen Regierung gewisse Vorschläge auf Grund der bulgarischen Flüchtlingseinschlüsse, die noch im Laufe dieses Jahres zur Zeichnung aufgeführt werden wird, zukommen zu lassen. Der Völkerbundrat hat in seiner Junitagung nach den Empfehlungen des Finanzausschusses des Völkerbundes die Verantwortung für diese Angelegenheit übernommen und beschlossen, auf der Septembertagung des Völkerbundes die endgültigen Vorbereitungen hierfür zu treffen. Auf Grund der außerordentlichen finanziellen Schwierigkeiten Bulgariens und des Mangels an Geld zum Einkauf von Saatgetreide für die Herbstbestellung hat aber der Völkerbundrat den Finanzausschuß des Völkerbundes ersucht, bereits im Juli zusammenzutreten und die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um Bulgarien Zuschüsse in der Höhe von 400000 Pfund zukommen zu lassen. Der Finanzausschuß des Völkerbundes wird sich ferner mit dem Finanzproblem des freistaates Danzig und ferner mit Maßnahmen zur Verhinderung von Fälschungen ausländischer Banknoten beschäftigen. Schließlich wird er gewisse technische Fragen besprechen, die im Zusammenhang mit den Entwaffnungsarbeiten des Völkerbundes stehen.

Die Italiener in Tunis.

Doppelte Staatsangehörigkeit.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

W Rom, 20. Juli.

Im den in Tunis lebenden Italienern die itolienische Staatsangehörigkeit zu erhalten und sie gleichzeitig doch in den Genuss aller mit der französischen Staatsbürgerigkeit verbundenen Rechte zu setzen, wird in Italien für den Gehanten der doppelte Staatsangehörigkeit geworden. Der Pariser Korrespondent des „Corriere della Sera“ hat nun unter anderem auch den Vorsitzenden der Völkerverkonferenz, Cambon, um seine Ansicht hierüber gebeten. Cambon wies einer Antwort geistich aus, dass betonte nur die Notwendigkeit des freundschaftlichen Zusammenlebens der beiden Völker. Die für Italien so brennende Frage der doppelten Staatsangehörigkeit wird hierdurch keineswegs gelöst.

Streit — sogar im Vatikan!

Der Papst soll zulegen.

(Meldung der Funkstation Rudolf Mosse-Haus.)

— Rom, 19. Juli.

In der päpstlichen Residenz herrscht heute große Bestürzung, da zum ersten Male in der Geschichte des Papsttums die im Vatikan beschaffigten Gärtner ihre Arbeitsbegehung haben und in einen eintägigen Streik eingetreten sind um höhere Löhne durchzusetzen. Sie wollen durch den Streik ihre Beschwerden zu Ohren des Papstes Pius XI. bringen. Die päpstliche Überverwaltung hat, nachdem sie sich von den Schreibern über diesen einzigartigen Streik erholt hatte, den Streikenden eine Unterordnung der Angelegenheit versprochen.

[illegible]

gelegt haben. Dieser Standpunkt ist durchaus zu begreifen. Man will, wie ich neulich sagte, eine schlichte gemordete Sade nicht mit seinem Namen bedecken, man zieht sich von einem Amt zurück, dessen Träger in den Verdacht geraten, sie könnten sich durch Druck von oben und durch irgendwelche Mächtfäden zur willkürlichen Auslegung des Gesetzes drängen lassen. Es gibt dann eine andere Auffassung: wenn man der Film-Oberprüfstelle die Freiheit der Entscheidung bedroht hat und wenn dann die Front derer, „die sich das nicht gefallen lassen“ dezimiert wird, kann die Sade, um die es sich handelt, erst recht Schaden leiden. Bei allem Verständnis, daß der Entschluß der verdient, die nicht mittun wollen, weil sie aus innerem Genuß heraus nicht mehr mittun können, will ich für meine Person nicht auch mir nicht ungeläufige Empfindung unterdrücken und das Amt vorerst weiter versehen, um, wo immer es not tut, den Eindringlingen, auch wenn sie aus hohen Reichsbehörden kommen, die Zeit des rein zu erhaltenden Gesetzes entgegenzuhalten. Vorerst und bis auf weiteres. Vielleicht nur bis übermorgen . . .

Von verschiedenen Jugendorganisationen geht uns eine Erklärung zu, in der sie gemeinsam scharfen Protest gegen das Verbot des „Panzerkreuzer Potemkin“ erheben. Die arbeitende Jugend, so schließt die Protestförmung, wird in ihrem Kampf auch die Freiheit der Kunst zu schützen wissen und wird nicht eher ruhen, bis das sinnlose und verfassungswidrige Verbot gefallen ist.

Es ist fessam, daß bis zum heutigen Tage die Spitzenorganisation der deutschen Filmindustrie sich den vielfachen Rundgebungen gegen das „Potemkin“-Verbot nicht angeschlossen hat. Wir haben neulich diese Organisation an ihre Pflicht erinnert; sie hat weiter geschwiegen. Sie schweigt mit einer Beharrlichkeit, die immer verdächtiger werden muß.

* **Vier-Tausend-Ausstellung in der Nationalgalerie.** Ende dieses Woches eröffnet die Berliner Nationalgalerie ihre moderne Abteilung einer kleinen Vier-Tausend-Ausstellung. Der Herrmann, die Götlin bei amerikanischen Eisenbahnbau, hat eine alljährliche Wanderausstellung von Kunstwerken organisiert, an der in den letzten zwei Jahren nordamerikanische, englische und französische Künstler beteiligt waren. In diesem Jahre sind zum erstenmal Deutsche aufgenommen worden. Neben Ausstellung von 30 bis 40 Kunstwerke der beteiligten Länder: Gemälde und Zeichnungen, Skulpturen, Kunstgewerbe, Schmuck, Porzellan, Glas, Silber, Gold, Schmiedearbeiten, Benutzungen der entsprechenden Behörden für die Veranstaltung zur Verfügung gestellt. Die Ausstellung beschränkt sich in diesem Jahre nur auf jüngere Künstler. Die Auswahl der deutschen Gemälde wurde von Dr. Thiermann und dem Amerikaner de Jochs getroffen.

* **Neue Dramen.** Ein neues Lustspiel Paul Kornfelds „Kilian und die gelbe Rose“ ist vom Frankfurter Schauspielhaus, dem Städtischen Theater in Berlin und von den Hamburger Kammerspielen angenommen worden.

Arnold Bronnen hat ein Lustspiel vollendet, das wahrscheinlich noch im Spätjahr uraufgeführt wird.

Gewitter und Abkühlung.

Über wieder neue Hitze in Aussicht.

Die fast unerträgliche Hitze des gestrigen Tages — in Berlin die Höchsttemperatur nicht weniger als 33 Grad im Schatten — ist etwas geringeren Temperaturen gewichen. Das Gewitter der vergangenen Nacht hat eine Abkühlung gebracht, die heute Thermometerfäden auf 25 Grad herabsinken ließ. Für morgen ist weitere Abkühlung vorausgesetzt und eine Wiederholung der Niederschläge, die übrigens nicht nur Berlin, sondern ganz Deutschland zu verzeichnen hatte. Allerdings soll der Dauer sein; ein starker Draufantrieb in Südwesteuropa spricht vielleicht schon für Donnerstag neue Hitze.

† Karlsruhe, 20. Juli.

Das schwere Hagelwetter, das am Montag nachmittag in Karlsruhe niederging, war das schwerste, das hier seit fischengedenken beobachtet wurde. Das Getöse der eine Viertelstunde in dichten Massen niederprasselnden ungewöhnlich großen Hagelkörner, welche die Größe von Taubeniern aufwiesen, schloß schließlich in ein regelrechtes Bombardement über, so daß während der ganzen Zeit die Sitzung im badischen Landtag unterbrochen werden mußte, da man sich im Hause nicht mehr verständlich machen konnte. Der Hagelgeschlag dehnte sich etwa 15 Kilometer südlich und nördlich von Karlsruhe aus und richtete hier großen Schaden an den Fluren und in den Wäldern. Die Frucht auf den Feldern liegt wie gewalzt. Mächtige umfrieren wurden im Banntreis der Stadt und in den Parkanlagen entworfen, so daß beispielsweise die viel besuchte Karlsruher Mannheimer in ihrem südlichen Teil unpassierbar wurde. Der in Wäldern und Gärten sowie in Stadt selbst durch den Hagel und Sturm angerichtete Schaden ist in Hunderttausenden. Die Wucht des Wirbelwindes wird dadurch gekennzeichnet, daß am Rheinhafen über 250 Tonnen schwerer eisener Kran umgeworfen wurde, dabei ein Haus zertrümmerte und ein mit Holz beladenes Kutschschiff zum Sinken brachte, wobei mehrere Personen schwer verletzt wurden.

München, 20. Juli. (W. Z. B.)

Gestern Abend ging über München ein schweres Gewitter mit Regen und Windböen nieder. Durch den Sturm wurde im Hofmeier Straße ein Karussell umgeworfen, wobei der unter den Trümmern begraben wurde und schwere Verletzungen erlitt. In der Hofmeier Straße schlug der Blitz das Pumphaus einer Vergnügung und gänzte.

Paris, 20. Juli.

Der „Herald“ meldet aus New-York, daß ein furchtbares Unwetter den mittleren Teil und die Ästiffe der Vereinigten Staaten heimgesucht hat. Hierbei sind neun Personen gekommen. Der durch das Unwetter angerichtete Schaden auf mehrere hunderttausend Dollars geschätzt. In kanadischen Wäldern haben Waldbrände in den letzten großen Verheerungen angerichtet. Der Schaden ist groß.

Artur Keil erneut verhaftet.

Das Welt- und Sparhystem des bekannten Kennbahnwindlers. Bereits in der Mitte des Juni wurde vor einem ausgeübten Wettunternehmer, das Artur Keil in Szene gesetzt hatte, warnt. Die Staatsanwaltschaft hatte eine Kommission eingeleitet, das Wettunternehmen prüfte. Gestern ist nun Artur Keil auf eines Haftbefehls des Landgerichtes I von der Kriminalpolizei gefasst worden und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Das Wettunternehmen war Anfang April von Artur Keil mit großer Kasse aufgegeben worden. Er versprach eine monatliche Vergütung bis zu 65 Mark. Die Verwaltung und Auszahlung der Gelder sollte in den Händen einer Leihhandels-Gesellschaft liegen. Es konnte festgestellt werden, daß in verschiedenen Zahlstellen, die fast in allen Städten befanden, bis zum Juni etwa 4600 Mark eingezahlt worden waren. Als die Untersuchungskommission eingeleitet worden war, änderte Keil das Wettsystem in ein parhystem um. Die Leute sollten auf eine Einlage von 50 Pfennig eine Bestätigungsmarke mit dem Bildnis des Unternehmers erhalten. Wenn sie 20 solche Marken gesammelt hatten, die in einem Buche vereinigt waren, so wurde ihnen die Einlage auf Wunsch rückständig 10 pCt. Zinsen zurückgezahlt. Sie konnten es aber auch in Betriebe stecken lassen und weiterleihen. Weil hier die Leute tatsächlich einen Erfolg sahen, so bewährte sich das System und es wurden viele Einzahlungen gemacht. Die Nachforschungen der Untersuchungskommission ergaben, daß Keil die bis zum Mai erfolgten Einlagen demnach bei der Leihhandels-Gesellschaft hinterlegt hat, vom Mai an aber fehlt jeder Nachweis über die Verwendung der Spargelder. Die Bücher des Unternehmens sind beschlagnahmt und Sachverständigen zur Prüfung übergeben worden. In den Verlagsräumen in der Friedrichstraße 66 saßen eine ganze Reihe von Angestellten, die nach ihrer eigenen Aussage nichts zu tun hatten. Überall waren Zitatisten, die „Interessenteinlagen“ von 20 bis zu 1000 Mark hinterlegt hatten. Dafür war ihnen eine Gewinnbeteiligung zugesichert. Es hat sich nun ergeben, daß nach Einzahlung der Interessenteinlagen die Angestellten bald wieder entlassen wurden, ohne daß man ihnen ihre Gelder ausbändigte. Der Verlag vertrieb außerdem in letzter Zeit eine Zeitschrift, „Die Freiheit“. Auch dieser Versuch erwies sich als Mißgriff. Der finanzielle Erfolg blieb aus. Die gerichtliche Untersuchung, die jetzt eingeleitet worden ist, wird voraussichtlich Klarheit über die verworrenen Verhältnisse bringen.

Betriebsunfall am Bahnhof Wedding.

Zwei Rangierer überfahren und getötet.

Ein schwerer Betriebsunfall hat sich in der vergangenen Nacht gegen 2½ Uhr am Ringbahnhof Wedding ereignet. Die beiden Rangierer, Gustav Böhn, Selterstraße 3 wohnhaft, und Friedrich Berndt aus der Niederländer Straße 2, waren mit dem Rangieren eines Güterzuges beschäftigt. Dabei hatten die beiden Beamten das Rad eines Personalwagens, der in Richtung Weichensee fuhr, nicht mehr rechtzeitig bemerkt und wurden vom Zug überfahren. Beide erlitten so schwere Verletzungen, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die Leichen wurden von der Polizei beschlagnahmt und nach dem Schahaus gebracht. Eine Untersuchung zur Feststellung der Schuldfrage ist seitens der Eisenbahnbehörde eingeleitet worden.

Entlastungsmomente für Rudolf Haas.

Kompetenzkonflikt in der Behörde.

(Telegramm unseres Sonderkorrespondenten.)

Zz. Magdeburg, 20. Juli.

In der Mordaffäre Helling — Schröder scheinen die Behörden, bevor die Untersuchung energisch weitergeführt wird, zunächst einmal den Kompetenzkonflikt in der Behörde selbst klären zu wollen. Wie ich erfahre, soll dem Kriminalkommissar ten Holt, der in dem bisherigen Verlauf des Verfahrens eine vielumstrittene Rolle gespielt hat, die Weiterführung der Untersuchung untersagt worden sein. Morgen vormittag wird ferner im Oberpräsidium zwischen den in Frage kommenden Justizbehörden, dem Regierungsdirektor Weich aus Berlin und dem Oberpräsidenten Hörsing, der erst heute Abend von seiner Rheinreise zurückkommt, eine Konferenz stattfinden, in der die strittigen Fragen endgültig geklärt werden sollen. Danach wird dann hoffentlich die aufregende Angelegenheit, in der bis jetzt noch ein völliges Zuhorwoboh von Ansichten und Vermutungen herrscht, durch eine planmäßig weitergeführte Untersuchung Klarheit kommen, was dringend notwendig ist; denn seit der Verhaftung des der Anklage nach Mörder an Helling verdächtige Rudolf Haas sind mittlerweile vier Wochen vergangen. Neben dem Stand des Verfahrens läßt sich zusammenfassend folgendes sagen:

Der einzige, der Rudolf Haas nach wie vor belastet, ist Schröder. Er sagt, Haas habe ihn angeflist, habe ihm Geld gegeben für die Ermordung Helling. Die bei ihm gefundenen Notizen des Helling und die Scheidung habe er auf einer Autofahrt Haas aus der Manteltasche gestohlen. Haas sei einmal bei ihm in Mottersleben gewesen. Für diese Behauptung hat man gestern nachmittag Haas mit drei Frauen aus Mottersleben konfrontiert, von denen zwei behaupten, in Haas bestimmt den Mann zu erkennen, den sie einmal im Hause Schröders gesehen haben. Die dritte Frau kann sich nicht mehr genau entsinnen. Die Verteidigung Rudolf Haas' strebt nun danach, diese Zeugenaussagen zu entkräften. Die angebliche Begegnung der Frau mit Haas liegt ein Jahr zurück. Sie haben gestern den Anzug, den Haas damals angeblich getragen haben soll, genau beschrieben. Man wird nachprüfen, ob Haas damals angeblich einen solchen Anzug überhaupt besessen hat. Von der Verteidigung wird hervorgehoben, daß der Chauffeur Große mit Haas eine frivole Bekanntschaft

habe, und daß die Frauen sich geirrt haben müssen. Als Beispiel hierfür wird angegeben, daß eine andere Frau geschworen hat, sie habe Helling drei Monate, nachdem bereits festgestellt worden ist, daß er ermordet worden war, noch in Magdeburg getroffen. Große selbst bestreitet nach wie vor, etwas mit dem Mörder zu tun gehabt zu haben. Er hat bekanntlich zunächst auch bestritten, Schröder überhaupt zu kennen, hat dann aber unter dem Druck des vom Kriminalkommissar Busdorf herbeigebrachten Beweismaterials zugegeben, daß er Schröder kennt. Briefe, die zwischen ihm und Schröder gewechselt worden sind, und die die Polizei in den Händen hat, sind schwerbelastend. Es werden in diesen Briefen Pläne erwähnt, die, wenn sie herauskommen würden, Zucht aus Kosten könnten. Trotz allem aber wird Große vermutlich heute aus der Haft entlassen! Der als Mittäter verdächtige Rudolf Haas soll, wie die Untersuchungsbehörde dem verdächtigen Rudolf Haas gesagt hat, ihn belasten. Fischer gegenüber hat sie erklärt, daß Rudolf Haas ihn belastet habe. Bisher hat Fischer stets bestritten, jemals Haas gesehen und gesprochen zu haben. Für die Verteidigung besonders wichtig ist es natürlich, das angebliche Motiv zur Tat zu entkräften, besonders nachzuweisen, daß Rudolf Haas und seine Mitarbeiter zur Zeit der Ermordung Helling noch gar nicht wußten, daß er derjenige war, der die Firma wegen Steuerhinterziehung denunziert hat. Festgestellt ist bis jetzt, daß seit über einem Jahr ein Steuerhinterziehungsverfahren gegen die Firma Haas schwebt; doch hat die Finanzbehörde erklärt, daß es sich jetzt noch gar nicht sagen lasse, ob das Verfahren überhaupt einen bestimmten Erfolg habe, bzw. ob überhaupt etwas herauskomme. Festgestellt ist ferner, daß Helling die Firma Haas bei der Steuerhinterziehung denunziert hat, daß aber von dem Tage an, an welchem die ersten Ausforschungen bei der Firma Haas ausgeführt wurden, bis zum 28. Juni dieses Jahres die Firma ihren früheren Profuristen Johannsen verdächtigt hatte, die Steuerdenunziationen gegen sie in die Wege geleitet zu haben. Erst am 28. Juni, also fast drei Wochen vor der Verhaftung des Rudolf Haas, und erst ein ganzes Jahr nach dem Mord an Helling hat Johannsen den Schlichter bei einem Gerichtstermin geklärt und bekanntgegeben, daß Helling derjenige war, der die Firma denunziert hatte. Dadurch dürfte eigentlich das Rudolf Haas zur Tat geleitete Motiv, schon vor einem Jahr den Mord an Helling wegen seiner Denunziationen angeflist zu haben, erschüttert sein, da zu jenem Zeitpunkt Haas von den Denunziationen Helling noch gar nichts wissen konnte.

Das Eisenbahnunglück in Plagwitz.

Ursache: eine Senkung der Gleise.

Leipzig, 20. Juli. (W. Z. B.)

Das Eisenbahnunglück in Leipzig-Plagwitz ereignete sich nach den bisherigen Feststellungen dadurch, daß die Lokomotive des Personenzuges infolge einer Senkung der Gleise entgleiste. Die Feuerwehre war bald nach dem Unglück mit mehreren Rettungs- und Sanitätswagen zur Stelle. Die Rettungsarbeiten gestalteten sich teilweise sehr schwierig. Tot ist der 46jährige Rüchdner Paul Harnisch aus Markranstädt; sechs Personen, unter ihnen drei Frauen, erlitten schwere innere und äußere Verletzungen, meist Quetschungen, und mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Eine Reihe weiterer Personen wurde leichter verletzt. Der verunglückte Zug wurde in der Hauptstraße von Arbeitern benutzt, die von ihren Leipziger Arbeitsstätten nach Hause fuhren.

Die Rückenplage am Oberrhein.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

† Karlsruhe, 20. Juli.

Das Auftreten der Stechmücken in den am Oberrhein gelegenen Ortschaften entzündet sich seit kurzer Zeit zu einer wahren Landplage. Durch die vom Hochwasser geschaffenen günstigen Entwicklungsbedingungen haben sich die Mücken stark vermehrt und suchen die nächst dem Rhein gelegenen Gebiete in ganzen Schwärmen heim. In Mannheim, Karlsruhe und anderen Orten in der Nähe des Rheins sind von den Behörden alle nur denkbaren Befähigungsmassnahmen gegen die Stechmücken getroffen worden, die sich aber bisher als wirkungslos erwiesen. Unabsehbare Massen von Schnaden machen den Aufenthalt unmittelbar am Rhein und in den Wäldern unerträglich, da sie in stets wachsendem Maße auch den Waldbestand bevölkern.

Freigabe der Ländchen für die Passagierschifffahrt. Nach nochmaliger Prüfung der Sachlage hat jetzt der Regierungspräsident in Potsdam das Befahren der Ländchen mit Passagierschiffen wesentlich erleichtert und an Wochentagen den Verkehr von dreißig Dampfschiffen gesteuert. Durch diese Verordnung ist einem lebhaften Abflusse geschaffen und den Dampfschiffen während der Ferienzeit Gelegenheit gegeben worden, auf billige und bequeme Art nach den schönsten Stellen unserer märkischen Gewässer zu gelangen.

Lufthafen Bremerhaven — Helgoland. Vom 21. Juli bis 15. August verkehrt eine Lufthafen zwischen Bremerhaven und Helgoland mit zweimal täglichem Betrieb außer Dienstags. Abflüge Bremerhaven 10 Uhr und 3 Uhr 30 Minuten, Ankunft Helgoland 10 Uhr 40 Minuten und 4 Uhr 10 Minuten, Abflüge Helgoland 11 Uhr 30 Minuten und 5 Uhr, Ankunft Bremerhaven 12 Uhr 10 Minuten und 5 Uhr 40 Minuten.

Norderschau an der Chefrau. Ein aufregender Vorfall spielte sich gestern Abend im Hause Sparfrische 25, im Norden Berlins, ab. Hier wohnt das Ehepaar Bouthoff im Quergebäude zusammen mit seinen elf und dreizehn Jahre alten Kindern. Zwischen den Eheleuten war es in der letzten Zeit wiederholt zu Streitigkeiten gekommen, da der Mann Anlaß zur Eifersucht zu haben glaubte. Auch gestern Abend stritten sich die Eheleute, als plötzlich Bouthoff sein Kissenmesser ergriff und der Frau vor den Augen seiner Kinder einen tiefen Schnitt in die Kehle beibrachte. Auf die Hilferufe der Kinder eilten Hausbewohner hinzu, die die schwerverletzte Frau nach dem Birchow-Krankenhaus brachten. Inzwischen war der Täter aus der Wohnung verschwunden, stellte sich aber in später Nachtstunden selbst der Polizei. Er gibt an, die Tat aus Eifersucht begangen zu haben. — Vor dem Hause Köpenicker Straße 190 verfuhrte heute mittag der 27jährige Straßenbahnkassierer Alfred Jand aus der Köpenicker

Straße 190 den Arbeiter Jukowick zu erschlagen. Die beiden Schiffe verfehlten aber erfreulicherweise ihr Ziel. Der Täter wurde festgenommen und nach der Wache des 109. Polizeireviere gebracht.

Ein neues Rotorsschiff.

Die Probefahrten der „Barbara“.

Selgoland, 20. Juli. (W. Z. B.)

Am Freitag früh begannen die Erprobungsfahrten des Rotorsschiffes „Barbara“. Die Tragfähigkeit der „Barbara“ beträgt 2800 Tonnen. Das Schiff besitzt außer einer Schraube und Vierstaktmotoren drei Zettner-Rotoren von 17 Meter Höhe und vier Meter Durchmesser als Zusatzantrieb. Aufbauend auf den Erfahrungen mit der „Buda“ hat man bei der Rotorstruktur wesentliche Fortschritte erzielt, die in einer Verminderung des Rotorgewichtes und einem fast geräuschlosen Gang zu Tage treten. Das erste Erscheinen des Schiffes auf der Weser erweckte lebhaftes Interesse auf See und an Land.

Deutsches Bundessegeln.

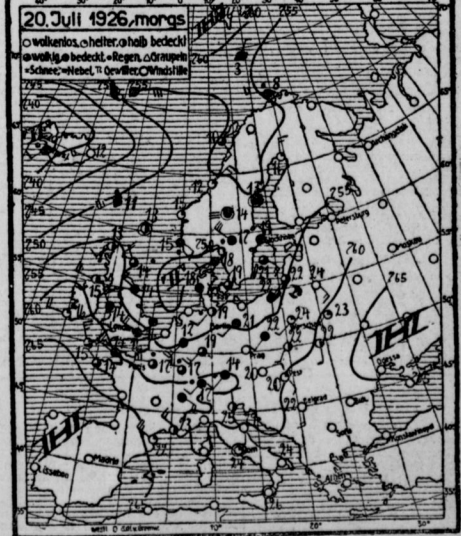
Hochbetrieb in der Halle am Kaiserdamm.

Die Vorbereitung der auswärtigen Regler war auch am zweiten Tage, trotz der enormen Hitze, gewaltig. Sämtliche 59 Bothen waren seit 8 Uhr morgens den ganzen Tag besetzt. Von einigen Reglern wurden auf den vorzüglichen Bahnen ausgescheidende sportliche Leistungen vollbracht. Am heutigen Abend um 8 Uhr findet ein internationaler Wettkampf zwischen Deutschland, Amerika und Schweden auf der amerikanischen Parkettbahn statt. Die gestrigen Ergebnisse waren:

Einzelbundesmeisterchaft (100 Augen): Althalt:

1. Ronné (Magdeburg) 532 Holz, 2. Röhler (Schmölln) 530,

3. Gelge (Altona) 521 (Sieger nach Bahn (Thalheim) mit 563).



Wetterausblick für morgen in Berlin und Umgebung. Weit höher bewölkt, wobei einzelne Gewitterregen und weiter Abkühlung. (Öffentliche Wetterdienststelle Berlin, Nordsee verboten.)

u. bedruckt, kauft erhebl. unt. Tages-
is geg. Kaffe. Angeb. u. J. N. 3801 an
dolf Mosse, Berlin SW. 19.

* Die Exportbilanz der französischen Textilindustrie.

Der Wiederaufbau der französischen Textilindustrie nach dem Kriege. — Ausfuhrsteigerung mit Hilfe der Inflation. — Fragliche Ausnutzungsmöglichkeit der Kapazität nach der Stabilisierung.

Von
Dr. Egon Kaskelne.

Die Textilindustrie ist die wichtigste Exportindustrie Frankreichs. Ihre Bedeutung für den Wohlstand des Landes ergibt sich, wenn man bedenkt, dass die Textilien 1913 37,4 pCt. der französischen Fabrikatausfuhr darstellten, während sie z. B. r 16,2 pCt. der deutschen Ausfuhr an Fertigwaren umfassen. Der Nachkriegszeit ist dieses Verhältnis erhalten geblieben, und auch die aufsteigende Eisenindustrie hat der Textilindustrie ihren Rang nicht streitig machen können; ihre drei wichtigsten Zweige: die Baumwoll-, Woll- und die Seidenindustrie, haben in bedeutendem Maße an dem allgemeinen Aufschwung der französischen Wirtschaft teilgenommen.

Die wirtschaftliche Leistung der französischen Textilindustrie ist um so höher anzuerkennen, als sie — jedenfalls in der Baumwoll- und der Wollindustrie antritt — vor dem Kriege in der Lage war, die Produktion neu zu schaffen. Schon im Jahre 1923 waren unter Beihilfe der Regierung die Zerstörungen in der Kampzone Nordfrankreichs ausgeglichen, während andererseits die Angliederung des Lothringens eine beträchtliche Verstärkung der Produktionskapazität beider Industrien mit sich brachte. Von der Bedeutung dieser Verstärkung kann man sich ein Bild machen, wenn man weiß, dass die Zahl der Spindeln in der Baumwollindustrie um 25 pCt., die der Webstühle um 33 pCt., die der Druckmaschinen um 125 pCt. erhöht wurde, während die Zahl der Spindeln in der Wollindustrie um 20 pCt. wuchs. Insgesamt verfügt die französische Baumwollindustrie heute über 9270 000 Spindeln, 181 000 Webstühle und 290 Druckmaschinen. Sie ist damit an die dritte Stelle in Europa gerückt und droht Deutschland sein geringes Überwiegen streitig zu machen. Die Wirkung der verstärkten Produktivkraft der Baumwollindustrie ist nicht sofort in Erscheinung getreten; erst langsam konnte sich Frankreich von der Abhängigkeit vom Ausland befreien, in die es während des Krieges geraten war. Die Ziffern der Handelsstatistik geben ein deutliches Bild.

Der Rohwollverbrauch Frankreichs (Einfuhrüberschuss) betrug:

	1913	1919	1920	1921	1922	1923	1924	1925
in 1000 To.	268	201	202	189	240	236	281	326

Der Passiv- bzw. Aktivsaldo des Aussenhandels in Baumwollwaren und -stoffen war:

	1919	1920	1921	1922	1923	1924	1925
in 1000 To.	- 12	+ 25	+ 70	+ 31	+ 43	+ 76	+ 59

Die Entwicklung des französischen Baumwollwarexports ist sehr günstig, doch stellt sie noch nicht die maximale Exportfähigkeit des neuen Frankreichs dar. Wenn man annimmt, dass der Verbrauch in Frankreich und in England in der Vor- und Nachkriegszeit unverändert geblieben ist, muss man bei voller Schäftigung aller Fabriken auf einen weit höheren Exportüberschuss rechnen. Auch der „Report sur l'industrie française“ aus dem Jahre 1919, der die Exportmöglichkeiten der französischen Industrie feststellen sollte, rechnet mit einer verfügbaren Exportmenge von 100 000 To. Baumwollwaren, während der tatsächliche Export 1924 1925 nur 65 000 To. betrug. Eine Bestätigung findet diese Fassung auch durch den zurückgegangenen Durchschnittsverbrauch Rohwoll, der 1913 für 1000 Spindeln 136,49 Ballen betrug und 1924 auf 126 Ballen gesunken war. Der Hauptgrund für den besonders ausgesprochenen Rückgang des Baumwollwarexports ist in den veränderten handelspolitischen Beziehungen zu suchen, die zwischen Frankreich und dem Weltmarkt durch die Zolländerungen im Jahre 1913 und 1925 eingetreten sind. Die Differenz gegen den Verbrauch in der Industrie ist durch eine Verminderung der Rohwollausfuhr geworden. Der Rohwollverbrauch Frankreichs (Einfuhr + Eigenproduktion — Ausfuhr) betrug:

	1913	1919	1920	1921	1922	1923	1924	1925
in 1000 To.	240	177	188	136	275	235	201	251

Die Bilanz des Wollgarn- und Wollstoffaussenhandels stellt sich genderrmassen dar:

	1919	1920	1921	1922	1923	1924	1925
in 1000 To.	- 22	+ 5	+ 24	+ 27	+ 37	+ 43	+ 42

Es ist von Bedeutung, dass sich in den letzten Jahren eine starke Entwicklung vom Halb- zum Fertigfabrikat vollzogen hat. Während die Garnausfuhr 1923 gegen das Vorjahr um 5,8 pCt. und 1924 um 2,2 pCt. gestiegen war bzw. 1925 um 8,2 pCt. zurückging, ist die Stoffausfuhr 1923 um 40 pCt., 1924 um 3,5 pCt. gestiegen und 1925 um 16 pCt. gefallen. Die durch den Export verminderten Produktionskosten der französischen Industrie machen sich in dieser Entwicklung bemerkbar. Im Gegensatz zur Baumwollindustrie dürfte die Produktionskapazität der Wollindustrie kaum noch eine starke Exportsteigerung zulassen. Sowohl die exportierte Menge an Baumwollstoffen wie die an Baumwollgarnen hat den Gewichtsexport des Jahres 1913 beträchtlich überschritten. Auch der Export von Rohwoll, der 1913 17 000 To. betrug, ist im Jahre 1925 auf 25 000 To. gestiegen. Die Einfuhr von Rohwoll ist von Jahr zu Jahr gestiegen, konnte jedoch die Höhe der Vorkriegszeit nicht erreichen; auch die Eigenproduktion Frankreichs an Rohwolle ist von 35 000 To. im Jahre 1913 auf 20 000 To. 1925 gesunken. Die Differenz gegen den Verbrauch in der Industrie ist durch eine Verminderung der Rohwollausfuhr geworden. Der Rohwollverbrauch Frankreichs (Einfuhr + Eigenproduktion — Ausfuhr) betrug:

	1913	1919	1920	1921	1922	1923	1924	1925
in 1000 To.	240	177	188	136	275	235	201	251

Die Bilanz des Wollgarn- und Wollstoffaussenhandels stellt sich genderrmassen dar:

	1919	1920	1921	1922	1923	1924	1925
in 1000 To.	- 22	+ 5	+ 24	+ 27	+ 37	+ 43	+ 42

Es ist von Bedeutung, dass sich in den letzten Jahren eine starke Entwicklung vom Halb- zum Fertigfabrikat vollzogen hat. Während die Garnausfuhr 1923 gegen das Vorjahr um 5,8 pCt. und 1924 um 2,2 pCt. gestiegen war bzw. 1925 um 8,2 pCt. zurückging, ist die Stoffausfuhr 1923 um 40 pCt., 1924 um 3,5 pCt. gestiegen und 1925 um 16 pCt. gefallen. Die durch den Export verminderten Produktionskosten der französischen Industrie machen sich in dieser Entwicklung bemerkbar. Im Gegensatz zur Baumwollindustrie dürfte die Produktionskapazität der Wollindustrie kaum noch eine starke Exportsteigerung zulassen. Sowohl die exportierte Menge an Baumwollstoffen wie die an Baumwollgarnen hat den Gewichtsexport des Jahres 1913 beträchtlich überschritten. Auch der Export von Rohwoll, der 1913 17 000 To. betrug, ist im Jahre 1925 auf 25 000 To. gestiegen. Die Einfuhr von Rohwoll ist von Jahr zu Jahr gestiegen, konnte jedoch die Höhe der Vorkriegszeit nicht erreichen; auch die Eigenproduktion Frankreichs an Rohwolle ist von 35 000 To. im Jahre 1913 auf 20 000 To. 1925 gesunken. Die Differenz gegen den Verbrauch in der Industrie ist durch eine Verminderung der Rohwollausfuhr geworden. Der Rohwollverbrauch Frankreichs (Einfuhr + Eigenproduktion — Ausfuhr) betrug:

Seidenwarexport nach einigen der wichtigsten Länder zu verdoppeln und zu verdreifachen. Die Ausfuhr von Seidengeweben betrug

	1912	1924
nach Grossbritannien	2412 To.	3726 To.
„ Deutschland	186 „	415 „
„ Belgien	284 „	618 „
„ den Vereinigten Staaten	63 „	1943 „
„ Argentinien	65 „	316 „

Insgesamt war die Ausfuhr an Seidenwaren (die Einfuhr kann als unbedeutend vernachlässigt werden):

	1913	1919	1920	1921	1922	1923	1924	1925
in 1000 To.	7	6,6	8,3	6,7	6,9	8,2	9,1	10,5

Die kontinuierliche Ausfuhrsteigerung, an der die angelsächsischen Länder den grössten Anteil haben, lässt auf eine gesunde und dauernde Prosperität der Industrie schliessen.

Versucht man aus diesem Zahlenbild der französischen Textilwirtschaft einige allgemeine Gesichtspunkte zu entwickeln, so drängt sich vor allem die Erkenntnis auf, dass — so katastrophal die Francwertung auf die französische Staatswirtschaft und auf die Dauer auch auf die französische Volkswirtschaft wirkt — ohne sie der Aufbau der französischen Industrien ausserordentlich erschwert, wenn nicht unmöglich gewesen wäre. Es ist nicht anzunehmen, dass es gelungen wäre, die Industrie in einer so kurzen Zeit zu rekonstruieren, wenn nicht ein steigender Bedarf nach billigen französischen Waren auch eine privatwirtschaftliche Notwendigkeit und Rentabilität für den Bau neuer Fabriken geschaffen hätte. Als Mittel zur „Ankurbelung“ der Industrie ist die Geldinflation wirkungsvoll, sie kann durch Eröffnung neuer Produktionskräfte der Wirtschaft auch dauernde Werte zuführen. Im weiteren Verlauf muss allerdings die Inflation in ihrer Steigerung die von ihr geschaffenen Werte wieder zerstören. Der Rückgang der französischen Rohstoffeinfuhr im Jahre 1925, von der allerdings die Textilrohstoffe, mit Ausnahme der Seide, noch nicht betroffen wurden, zeigt die bedenkliche Situation einer Industrie, die letzten Endes ihre Arbeitsprodukte zu billig an den ausländischen Konsumenten abgibt und ihre eigenen Rohstoffe und Materialien nicht wieder ergänzen kann.

Will man die Gesamtsituation der französischen Textilindustrie charakterisieren, so kann man ihren Absatz im Verhältnis zur Lage der Industrien der europäischen Konkurrenz als günstig, im Hinblick auf den Produktionsspielraum der Industrie aber nicht als ungewöhnlich stark bezeichnen. Die allgemeine Absatzkrise auf dem Weltmarkt wirkt der Stimulierung des französischen Exports durch den Verfall des Franc entgegen. Die Zukunft der französischen Textilindustrie wie der französischen Wirtschaft überhaupt wird davon abhängen, ob es gelingen wird, die Absatzmenge, die unter ungewöhnlichen Bedingungen erreicht wurde, mit Preisen zu behaupten, die auf der Grundlage eines stabilisierten Franc kalkuliert sind. Ohne einen Rückgang des Exportes wird es, das kann man aus den Erfahrungen in England und Deutschland schliessen, nicht abgehen. Fraglich ist nur, ob die leitenden Männer Frankreichs aus den Erfahrungen gelernt haben, oder was vielleicht wesentlicher ist, ob ihnen der Druck der Ereignisse Zeit lässt, die Stabilisierung organisch und schrittweise vorzunehmen, um eine Wirtschaftskrise zu vermeiden, wie wir sie jetzt in England und Deutschland erleben.

* Die Insolvenzen der dritten Juliwoche. — Abnahme der Konkurse. — Zunahme der Geschäftsaufsichten. In der Berichtwoche erfolgte die Bewegung für die Zahlen der neu eröffneten Konkurse und Geschäftsaufsichten in entgegengesetzter Richtung, und zwar in verschiedenen Ausmassen. Denn die Konkurse gingen etwas stärker zurück, als die Geschäftsaufsichten zunahmen. Bei der Verteilung auf die Unternehmensformen sind keine nennenswerten Veränderungen eingetreten; bemerkenswert ist hier lediglich, dass in der Gruppe Aktiengesellschaften nur Konkurse eröffnet wurden, denen keine Geschäftsaufsichten gegenüberstehen. Die Verteilung der Insolvenzen in der dritten Juliwoche ist folgender:

	Konkurse				Geschäftsaufsichten			
	Juli	Jun	Jun	Jun	Juli	Jun	Jun	Jun
1. Textilien Bekleidung	3. Woche	2. Woche	1. Woche	Insgesamt	3. Woche	2. Woche	1. Woche	Insgesamt
2. Kohle, Metalle	3. Woche	2. Woche	1. Woche	Insgesamt	3. Woche	2. Woche	1. Woche	Insgesamt
3. Holz, Papier, Bauaterial	3. Woche	2. Woche	1. Woche	Insgesamt	3. Woche	2. Woche	1. Woche	Insgesamt
4. Häute, Leder, Schuhe	3. Woche	2. Woche	1. Woche	Insgesamt	3. Woche	2. Woche	1. Woche	Insgesamt
5. Lebensmittel, Genussmittel	3. Woche	2. Woche	1. Woche	Insgesamt	3. Woche	2. Woche	1. Woche	Insgesamt
6. Handwerk	3. Woche	2. Woche	1. Woche	Insgesamt	3. Woche	2. Woche	1. Woche	Insgesamt
7. Privatgewerbe	3. Woche	2. Woche	1. Woche	Insgesamt	3. Woche	2. Woche	1. Woche	Insgesamt
8. Verschiedene	3. Woche	2. Woche	1. Woche	Insgesamt	3. Woche	2. Woche	1. Woche	Insgesamt
	147	164	74	910	1042	88	74	43

Die Verteilung auf die Unternehmensformen ergibt folgendes Bild:

	Konkurse				Geschäftsaufsichten			
	Juli	Jun	Jun	Jun	Juli	Jun	Jun	Jun
Akt.-Ges.	5	7	4	22	28	1	12	15
Ges. m. b. H.	1	1	1	10	12	1	1	1
Kommanditges.	1	1	1	10	12	1	1	1
Einl. Ges.	1	1	1	10	12	1	1	1
Gewerkschaft	1	1	1	10	12	1	1	1
Ring, Veres.	1	1	1	10	12	1	1	1
Off. Handelsges.	1	1	1	10	12	1	1	1

Unter die Gruppe 8 fallen sechs Handels- und Gewerkschaften (davon drei Konkurse), ferner die Konkurse über einen Mühlenbetrieb und eine Genossenschaftsbank. Die Gruppe 7 schliesst die Konkursöffnungen über neun Nachlässe ein. 38 Konkursverfahren wurden mangels Masse eingestellt, darunter die Verfahren über eine Aktiengesellschaft, vier Gesellschaften m. b. H. und eine offene Handelsgesellschaft.

* Änderung des Ausnahmestats für Mineralöle. Der Ausnahmestats für Mineralöle ist mit Gültigkeit vom 12. Juli 1926 auf Widerruf, längstens bis 31. Dezember 1926 geändert worden, und zwar sind die Stationsfrachtsätze zwischen Mannheim und Basel erheblich ermässigt worden (bisher z. B. A = 5000 To. Mindestmenge im Halbjahr, bei 10 To. von 164 auf 109 Pf.), ferner sind neue Stationsfrachtsätze zwischen Mannheim und Singen und Konstanz erstellt worden.

* Verband Deutscher Lokomotivfabriken. Zu dem jetzt erfolgten Austritt der Reichsbahn auf 127 Lokomotiven erfahren wir, dass der Verband Deutscher Lokomotivfabriken Berlin, dem 19 Mitglieder angehören, den Auftrag nunmehr quotenmässig verteilt hat, dass z. B. die mittleren Fabriken, wie die Maschinenbaufabrik Humboldt in Köln und die Lokomotivfabrik Hohenzollern in Düsseldorf, 5 bzw. 6 verschiedener Baureihe erhalten haben. Die grösste Fabrik, Henschel & Co. in Kassel, soll 13 erhalten. Die Lieferfrist erstreckt sich bis in das nächste Jahr hinein.

* Der Rohstahlgemeinschaft sind jetzt auch die Neunkirchner Eisenwerke der Stumm-Gruppe ebenso wie den übrigen Eisenverhätten beigetreten, nachdem ein Teil der anderen Saarwerke schon vorher seinen Beitritt erklärt hatte.

* Um das Berliner Urteil in Sachen der Staatsbahnprioritäten. — Antrag bei der Reparationskommission auf Wiederaufnahme des Verfahrens? Der Präsident der Oesterreichischen Nationalbank Dr. Reisch hat sich im „Prager Tagblatt“ über die Rechtslage der Prioritäten der Staatsbahnbeschlüsse ausgesprochen und darauf hingewiesen, dass die Staatsbahnbeschlüsse vornehmlich bei der Reparationskommission die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragen werde, um endlich „klare Rechtsverhältnisse“ zu schaffen. Dr. Reisch führt dann weiter aus: „Ich könnte daher nicht nachdrücklich genug davor warnen, auf Grund des Berliner Urteils das bekanntlich eine für die Prioritäten günstige Entscheidung (erfällt) etwa Haussekspekulationen in Steg-Prioritäten zu beginnen, da der durch dieses Urteil geschaffene Rechtszustand wohl keineswegs aufrechterhalten bleiben wird, so dass eine schmerzliche Ernüchterung nicht ausbleiben könnte. Sollte es wider alles Erwarten bei der Berliner Entscheidung bleiben, so müssten die Folgen erwogen werden, welche diese Entscheidung für das Verhältnis der Sukzessionsstaaten untereinander in ihrem Anteil an den Obligationsschulden der Staaten haben würde. Es ist klar, dass insbesondere die Tschechoslowakei, auf die ca. 80 pCt. der Markobligationen, also beiläufig 2 910 400 A jährlich entfallen, nicht geneigt sein wird, diese unter ganz anderen Voraussetzungen übernommene Last weiter zu tragen. Das hätte dann die Wiederaufnahme des ganzen Teilungsproblems der Last der ehemaligen gemeinschaftlichen Eisenbahnlinie zur Folge, was zu unübersehbaren Schwierigkeiten führen würde. Dies könnte wohl nur vermieden werden, wenn über die Behandlung der alten Markverpflichtungen in ähnlicher Weise, wie dies zwischen der Tschechoslowakei und Oesterreich hinsichtlich der alten Kronenverbindlichkeiten geschehen ist, ein staatliches Uebereinkommen zwischen Deutschland einerseits und der tschechoslowakischen und österreichischen Republik andererseits zustande käme und rückwirkend auch für die bereits durchgeführten Prozesse wirksam gestaltet würde.“

* Der Wohnungsbaukredit des Reiches. Wie wir zur Ergänzung unserer gestrigen Meldung erfahren, ist nunmehr die den Ländern tatsächlich zur Verfügung stehende Summe um weitere 10 Mill. A auf 50 Mill. A erhöht worden. Die bereits zur Verteilung gelangte Summe sei nur wenig gestiegen und dürfte jetzt annähernd 8 Mill. A betragen.

* Die preussischen Elektrizitätsbetriebe. Entgegen von uns nicht gebrachten Pressenmeldungen über einen Austausch von Elektrizitäts-Aktienpaketen zwischen Preussen und dem Reich sowie den R. W. E. teilt uns die zuständige Stelle mit, dass neue Verhandlungen Preussen wegen der Braunkohlenindustrie Akt.-Ges. Zukunft und der Braunschweigischen Kohlenwerke nicht schweben und auch nicht beabsichtigt sind.

* M. Pech Akt.-Ges. für sanitären Bedarf in Berlin. Die Generalversammlung genehmigte den Abschluss ohne Debatte und setzte die Dividende auf 10 pCt. (0 fest). Einnahmen auf Warenkonto in Höhe von 92 339 A (81 185 A) und Generalkosten in Höhe von 830 657 A (768 388 A) und Abschreibungen in Höhe von 10 181 A (15 710 A) gegenüber, so dass der Reingewinn einschliesslich 23 521 A Gewinnvortrag sich auf 89 038 A beläuft. Nach dem Geschäftsbericht ist der Umsatz in Luxusartikeln zurückgegangen, während er in kleineren Artikeln des täglichen Bedarfs gestiegen ist. Die auch im neuen Jahre gesetzte Aufgabe des Unternehmens sucht die Gesellschaft durch die Gründung neuer Filialen auszugleichen. In Rostock wurde eine 50prozentige Beteiligung an einem eingeführten Geschäft erworben. Die Umsätze hielten sich bisher auf der Höhe des Vorjahres. In der Bilanz betragen Kasse und Guthaben 28 230 A (28 776 A), Debitoren 36 532 A (50 716 A), Beteiligungen, unter denen sich die 100 000 A Vorratskredit (der die Kapital) befinden, 40 627 A (300 000 A) und Waren 808 859 A (238 313 A). Unter Passiva erscheinen Hypotheken mit 31 600 A, ein Delkredefond mit 17 653 A und eine Steuerrücklage mit 11 598 A anstelle einer im Vorjahr mit 54 484 A ausgewiesenen Rücklage. Bankverpflichtungen betragen 90 000 A, Kreditoren 130 400 A und Akzepten 103 044 gegen 349 964 A Kreditoren im Vorjahr. Aus dem Aufsichtsrat sind die Herren Dr. Wallisch (Berlin) und Tscherniak (Berlin) ausgeschieden. Herr Tscherniak tritt in den Vorstand des Unternehmens ein. Eine durchgreifende Umbesetzung des Aufsichtsrats steht im September aus Aussicht, dem Termin, zu dem der faktisch schon seit längerer Zeit abgeschlossene Übergang der überwiegenden Aktienmajorität von der Inag in die Skaller-Gruppe endgültig vollzogen sein wird.

* Ausnahmestätze für Eisen und Stahl und Waren daraus nach der Schweiz. Mit Gültigkeit vom 15. Juli treten im deutsch-schweizerischen Verkehr für Eisen und Stahl, Eisen- und Stahlwaren der deutschen Tarifklassen A—D zwischen Basel, Bad. Bahn, und Dortmund-Hafen, Herdecke, Hörde, Hörde-Hacheney, Köln Bonhof, Köln Gereon, Ludwigshafen Hbf., Mannheim-Rheinau und Mannheim-Rheinau Hafen neue Ausnahmestätze in Kraft.

* Ein neuer Ausnahmestatz für Ammoniak und Ammonsalpater. Mit Gültigkeit vom 12. Juli 1926 bis zum 15. Juli 1927 ist der Ausnahmestatz für Ammoniak und Ammonsalpater in Kraft getreten. Der Tarif stellt ermässigte Stationsfrachtsätze von Corbetta, Kitzschen und Wollen nach den deutschen Seehäfen vor und ist an eine Mindestmenge (15 000 To.) gebunden; bei Auflieferung grösserer Mengen treten Rabattsätze von 5—25 pCt. in Kraft.

* Gruhenholzausnahmestatz aufgehoben. Mit Gültigkeit vom 15. Juli ist der Ausnahmestatz für Gruhenholz für Rundholz an Gruhen des Bergbaus ausser Kraft gesetzt worden.

* Ausländische Kredite für die Lodzer Industrie. Einige Banken von Lodz verhandeln gegenwärtig mit den Vertretern der ausländischen Banken wegen Erteilung grösserer Kredite. Es wird dazu bemerkt, dass auch eine Finanzgruppe von Oesterreich und Deutschland eine Kreditofferte angeboten haben.

* Um die Valorisierung des polnischen Zolllarfs. In der letzten Sitzung des polnischen Zollkomitees wurde mit der erheblichen Stimmenmehrheit beschlossen, gegen die projektierte Valorisierung des polnischen Zolllarfs zu Stellung nehmen. Gegen die Valorisation stimmten die Vertreter der Landwirtschaft, des Handels, der oberschlesischen Industrie und der Danziger Industrie. Der Beschluss des Zollkomitees ist für die Regierung nicht bindend.

* Konsolidierung der schwedischen Staatsschuld Italiens? Nach einer Information der „Gazzetta del Popolo“ zieht die italienische Regierung die Konsolidierung eines Teils ihrer kurzfristigen Verpflichtungen, erschaft Erwägung, und zwar sollen 175 Milliarden Schatzwechsel und 8 Milliarden Lire Vorschüsse der Notenbanken in langfristige innere Anleihen umgewandelt werden.

* Deutsche Reparationskohl in Belgien. Die belgische Eisenbahnverwaltung kaufte jetzt zum ersten Male nach längerer Zeit (acht Monaten) wieder deutsche Reparationskohl, und zwar 35 000 To. fette Förderkohl für jeden der beiden Monate Juli und August dieses Jahres wird von den belgischen Lieferungen gestrichen. Wie erinnerlich, hatte die Eisenbahnverwaltung im letzten November die Anforderung deutscher Reparationskohl für die belgische Eisenbahn eingestellt, um die erforderlichen Mengen bei einheimischen Kohlengruben einzudecken, die damals mit grossen Absatzschwierigkeiten zu kämpfen hatten, jetzt aber günstiger dastehen.

* Belgische Zwangsmassnahmen. Wie aus Brüssel gemeldet wird, ist die Getreideausfuhr verboten worden. Für die Ausfuhr von Brennstoffen müssen Ausfuhrgenehmigungen erteilt werden. Die Regierung erwägt ferner die Einführung eines Ausländeraufschlages von 5 pCt. für alle von Ausländern gekauften Waren.

* Vor weiteren Zahlungsschwierigkeiten in Oesterreich. Aus Wien wird gemeldet, dass voraussichtlich noch mehrere Industriegesellschaften, die in engen Beziehungen zu der zusammengebrochenen Zentralbank der Deutschen Reichsbank standen, haben, gleichfalls in Schwierigkeiten geraten und die Verhängung des Ausgleichsverfahrens beantragen dürften. Es handelt sich dabei um mittlere und kleinere Unternehmen, die nur über unzureichende Betriebsmittel verfügen, keine Bankverbindung mehr besitzen und nach Lage der Dinge von den Wiener Grossbanken nicht die zur ungestörten Fortführung der Betriebe erforderlichen Kredite erhalten können.

* Kaffeestand in Brasilien. Nach einer amtlichen brasilianischen Mitteilung betrug der brasilianische Kaffeeproduktionsbestand an gelagerten Mengen 2 499 472. Auf der Bahn und auf Stationen sowie in Waggons befanden sich am 30. Juni 305 510 Sack. Im ganzen betrug der Bestand demnach 2 802 982 Sack. Die augenblickliche Ernte ist vom Wetter begünstigt.

[illegible]